

Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (C. S. Nr. 29, Hamburg und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 M., in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

München, 28. November 1896.

Inserate die vier-spaltige Betzlinie oder deren Raum 20 M. Redaktion und Expedition: München, Weizenstraße Nr. 12.

Inhalt: Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung betr. die III. Generalversammlung. — Zum Ausbau des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. — Konferenz der Arbeiterbeisitzer an deutschen Gewergerichten. — Das Maschinenwesen in Amerika. — Internationales Informations-Bureau der Metallarbeiter. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — An die Metallarbeiter Thüringens. — Abrechnung des Agitations- und Unterstützungsfonds der Allgemeinen Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter. — Literarisches.

Zur Beachtung.

Zugang ist fernzuhalten: von Formern nach München (Landes), nach Dinglingen in Baden und Stuttgart (C. Hänsler); von Gelbgießern, Drehern und Gürtlern nach Hamburg (Fled Söhne); von Metallschlägern nach Großschönau; von Metallarbeitern aller Branchen nach Berlin; von Schlossern nach Itzehoe (Kunstschlosserei Gg. Scheel); von Arbeitern der Fahrradbranche nach Brandenburg a. Havel (Diepe & Brest) u. Frankfurt a. M. (Reher); Arbeitern der Gasbeleuchtungs- und Apparatenbranche nach Frankfurt-Bodenheim (Gehr. Pünsh); von Klempnern, Emailarbeitern, Schlossern, Maschinenbauern und Metallarbeitern aller Berufe nach Lübeck; von Feilenbauern nach Düsseldorf, Dresden (Nippe), Rotterdam i. Holland (Junt u. Kerthoff); Billingen (Wegel) und Zwickau; von Formern, Schlossern und Drehern nach Wörzheim (Wenkiser).

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Bekanntmachung.

Zu Ausführung des § 16 des Verbandsstatuts berufen wir die III. ordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes auf Dienstag, den 20. April 1897 nach einem in nächster Nummer bekanntzugebenden Orte mit folgender provisorischer Tagesordnung ein.

Tagesordnung:

- 1) Konstituierung der Generalversammlung und der Kommissionen. 2) Berichte des Vorstandes und des Ausschusses. 3) Ausbau unserer Organisation: a) Beitragsleistung. b) Unterstützungsweisen. c) Streiks. d) Arbeitslosenstatistik. 4) Verbandsorgan. 5) Statutenberathung. 6) Bericht vom II. deutschen Gewerkschafts-Kongress in Berlin. 7) Bestimmung der Orte des Vorstandes und Ausschusses und Wahl der Verbandsbeamten. 8) Regelung künftiger Verbandsangelegenheiten.

Die auf die Generalversammlung bezüglichen Bestimmungen des Statuts lauten:

§ 15. Die Generalversammlung wird durch den Vorstand einberufen.

Sie wird durch Abgeordnete gebildet, welche durch die Mitglieder aus deren Mitte zu wählen sind. Die Wahl erfolgt durch geheime Abstimmung mit absoluter Majorität. Zu ihrer Vornahme werden Wahlabtheilungen gebildet, welche der Vorstand ernannt. Jede Wahlabtheilung wählt für je 500 Mitglieder einen Abgeordneten; ist die Zahl der Mitglieder nicht durch 500 theilbar, so ist für die überschüssende Zahl, wenn dieselbe 250 oder mehr beträgt, ein weiterer Abgeordneter zu wählen.

Jeder der Abgeordneten erhält pro Tag 8 M. und Fahrgehalt für die dritte Wagenklasse.

§ 16.

Jede ordentliche Generalversammlung muß mindestens zwanzig Wochen vor dem Tage, an dem sie stattfinden soll, den Mitgliedern mit Angabe der Tagesordnung bekannt gemacht werden.

Anträge, welche zur Berathung kommen sollen, müssen spätestens zehn Wochen vor der Versammlung dem Vorstande eingereicht und von diesem acht Wochen vor der Versammlung im Verbandsorgan veröffentlicht werden.

Die Generalversammlung gibt sich ihre Geschäftsordnung selbst.

Beschlüsse werden durch absolute Stimmenmehrheit gefaßt. Bei Statutenänderungen entscheiden zwei Dritttheile sämmtlicher Abgeordneten.

Stimmengleichheit bewirkt die Ablehnung von Anträgen und macht bei Wahlen Entscheidung durch das Loos nöthig.

Der erste Vorsitzende, der Hauptkassirer, der Sekretär und der Redakteur des Verbandsorgans haben nur beratende Stimme.

Eine außerordentliche Generalversammlung kann durch den Vorstand selbständig, ohne Einhaltung der in Abs. 1 und 2 angegebenen Fristen, einberufen werden; der Vorstand muß sie einberufen auf Antrag des Ausschusses oder des vierten Theiles der Mitglieder. Einer außerordentlichen Generalversammlung stehen dieselben Befugnisse zu wie jeder ordentlichen.

Für die Wahl der Delegirten zu einer außerordentlichen Generalversammlung sind die Bestimmungen des § 15 Abs. 2 mit der Veränderung gültig, daß auf die doppelte dort bestimmte Zahl der Mitglieder ein Delegirter ernannt.

§ 17.

Zu den Befugnissen der Generalversammlung gehören:

- a) Etwaige Aenderungen des Statuts; b) Prüfung, bezw. Bestätigung der Rechnungsabschlüsse; c) Wahl des Sitzes für den Vorstand und den Ausschuss; d) Wahl des ersten und zweiten Vorsitzenden, des Hauptkassirers, des Sekretärs des Vorstandes und des Vorsitzenden des Ausschusses; e) Wahl des Redakteurs des Verbandsorgans; f) Bestimmung der Beamtgehälter; g) Endgiltige Entscheidung über alle Verbandsangelegenheiten.

Auch hat sie den Zeitpunkt zur Abhaltung der nächsten ordentlichen Generalversammlung festzusetzen. Die Zwischenzeit darf jedoch zwei Jahre nicht übersteigen.

Ueber die Verhandlungen und Beschlüsse der Generalversammlung sind Protokolle aufzunehmen, welche von der Generalversammlung zu genehmigen sind.

Alle übrigen auf die Generalversammlung bezüglichen Bestimmungen, als besonders die Wahlabtheilungen, das Wahlreglement, die Referenten zu den einzelnen Punkten, Lokal und Zeitpunkt der Generalversammlung erfolgen später.

Stuttgart, 22. November 1896.

Der Vorstand.

Zum Ausbau des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Die gewerkschaftliche Organisation gibt die Kräfte, ist der unwiderstehliche Dampfhammer — die politische Organisation schwingt den Dampfhammer, lenkt ihn auf den richtigen Punkt. Beide Bewegungen mit einander verbunden, ermöglichen es, daß der ganze Industriebetrieb zu geeigneter Zeit, d. h. im Augenblick, wo die Arbeiterklasse die politische Macht erobert hat, sofort in unsere Hände übergehen und ohne Unterbrechung weiter geführt werden kann. Jedenfalls aber gilt es, die Kräfte zusammenzufassen, zu agitieren, zu erziehen, zu organisieren! wie das die Lösung der englischen Gewerkschaften ist. Agitieren: den Muth und Bedurf des Sozialismus erlösen lassen! Erziehen: Klarheit schaffen in den Köpfen, Klassen- und zielbewußt machen, die Ursachen des Elends oder der Knechtschaft bloßlegen, denn nur die Hand des Denkenden, des Wissenden kann die Ketten abnehmen. Und organisieren: die Kräfte zusammenfassen, die vereinzelt Nichts sind, geeinigt Alles. Nur Einigkeit, nur Einheit gibt Kraft, gibt den Sieg! Bei uns in Deutschland, wo die gewerkschaftliche Bewegung noch sehr im Argen liegt, ist es doppelte Pflicht eines jeden Arbeiters, für die Erweiterung und den Ausbau der Organisation und zwar nach allen Richtungen hin thätig zu sein. Selbst ist der Mann. In der Hand der Arbeiterklasse liegt ihr Schicksal. Die Kraft ist da, aber sie schlummert, sie ist unentwickelt. Sie muß entwickelt werden. Und das zu thun, ist Ihre Pflicht. Agitation, Erziehung, Organisation, das sind die Mittel der Befreiung. Dieser Mittel sich zu bedienen, das ist die wahre, echte Selbsthilfe, die einzige eines Sozialdemokraten würdige Selbsthilfe! Das ist der Triumph der Arbeiterklasse!

W. Liebknecht, in einer

Materversammlung zu Berlin 1893.

Als 1891 der Frankfurter Metallarbeiter-Kongress beschloß, den Deutschen Metallarbeiter-Verband in's Leben zu rufen, gaben sich gewiß eine Anzahl der in den vordersten Reihen kämpfenden Kollegen der Hoffnung hin, daß vermittelt der entstehenden Organisation es möglich sein werde, bedeutende wirtschaftliche Kämpfe in kurzer Zeit siegreich für die Arbeiter der Metallindustrie durchzuführen. Es konnte diese Hoffnung umso mehr bestehen, als die gleichzeitig tagenden Fachkongresse die Fachzentralisationen sämmtlich verwarfen und sich für die Gründung eines Verbandes, des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, aussprachen.

Diese Beschlüsse haben damals bei den denkenden Arbeitern des In- und Auslandes berechtigete Freude verursacht, bedeuteten sie doch ein kräftiges „Galt!“ auf dem Wege der Dezentralisation der Metallarbeiter.

Die damals schon bestehenden kleinen Fachzentralisationen der Metallindustrie,

wie Schmiede, Gold- und Silberarbeiter, Kupferschmiede etc. zogen nicht die Konsequenzen aus diesen Beschlüssen, sondern sie bestanden und bestehen heute noch fort, um sich recht viel überflüssige Arbeit zu machen und um sehr viel Geld für Verwaltungskosten und Fachorgane auszugeben. Nun geschah das Unglaublichste! Die Formern, welche auf ihrem Fachkongresse die Fachzentralisation abgelehnt hatten, gründeten dennoch auf Bereiben von Schwarz und Grenz eine Fachzentralisation der Formern und entfachten damit nicht nur einen heute noch bestehenden Streit in Formerkreisen, sondern die gesammten Arbeiter der Metallindustrie wurden und werden dabei in Mitleidenschaft gezogen. So sehr auch sonst die Verdienste dieser beiden Genossen um die Arbeiterbewegung anzuerkennen sind, so muß es in diesem Falle gesagt werden: Sie haben einen Fehler begangen, der der gesammten Metallarbeiterbewegung schon unberechenbaren Schaden gebracht hat und auch weiterhin seine Wirkung nicht verfehlen wird.

Wir sollen agitieren, erziehen und organisieren, wir sollen der konzentrierten Macht des Kapitals die konzentrierte Macht der Arbeiter gegenüberstellen. Wir sind fest überzeugt, daß es uns durch die Einigkeit der Arbeiter gelingen wird, die wirtschaftlichen Kämpfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen siegreich durchzuführen. Aber was geschieht? Genossen, die nach allen Richtungen hin für sich die Bezeichnung: „ziel- und klassenbewußte Arbeiter“ in Anspruch nehmen, sie glauben, eine Kapitalleistung begangen zu haben, wenn sie beispielsweise dem Metallarbeiter-Verband einige Mitglieder „abagittirt“ und irgend einer Fachzentralisation „zuagittirt“ haben. Es soll auch zugestanden werden, daß umgekehrt lagernde Fälle auch schon da waren, aber Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes handeln hier gewissermaßen in Nothwehr, denn jeder wehrt sich seiner Rechte, und der Metallarbeiter-Verband ist als legitime Körperschaft von den Vertretern der deutschen Metallarbeiter gegründet worden, er besteht also zu Recht, während man das von der Entstehungsgeschichte des Zentralvereins deutscher Formern nicht jagen kann.

Die Reibungen, die so zwischen den Anhängern der einzelnen Organisationen der Metallindustrie in den verschiedenen Orten entstehen, dauern oft jahrelang, die besten Kräfte werden hierbei absorbiert, vom Agitieren, Erziehen und Organisieren ist keine Rede mehr. Die Metallindustriellen lachen sich darüber in's Fänschen, wissen sie doch: so lange die Arbeiter sich selbst bekämpfen, besteht für sie keine Gefahr.

Und die weiteren Folgen hieraus für die Arbeiter? Die gewerkschaftlich organisierten bezahlen wohl mit Ach und Krach ihre Beiträge, bleiben aber vielfach den Versammlungen fern, weil sie die persönlichen Reibereien nicht anhören wollen. Von einer fruchtbaren Agitation

unter den unorganisierten Metallarbeitern ist da, wo solche Streikereien vorkommen, keine Rede; kommt es zu Lohnkämpfen oder gar zu Arbeitseinstellungen, so wird vielfach die erforderliche Taktik nicht angewendet, die Unorganisierten hängen den Vorwärtstrebenden wie ein Bleigewicht an den Füßen; der Kampf ist oft nach wenigen Tagen als aussichtslos zu betrachten, er wird aber zur Freude der Unternehmer fortgeführt. Die Verbandskasse muß wochenlang und vielfach an bisher unorganisierte Arbeiter Unterstützung bezahlen, bis oft vollständige Ebbe eingetreten ist. Mit Wohlbehagen lesen die Unternehmer die Abrechnungen der Hauptkasse — viele Mitglieder halten das nicht für notwendig. Werden hier oder dort Forderungen gestellt und eventuell mit einem Streik gedroht, so verweisen die Unternehmer schmunzelnd auf die letzte Abrechnung und sagen: „Mit was wollt Ihr denn streiken, Ihr habt ja kein Geld in der Kasse.“ In einer Stadt mit über 160 000 Einwohnern erklärte der Kommissionsvorsitzende nach einem solchen Vorfall: „Ich hatte die Abrechnung nicht gelesen und hätte nicht geglaubt, daß der Fabrikant unsere Abrechnungen liest und daher wußte, daß wir kein Geld hatten.“

Bei Inszenierung von Streiks werden oft Fehler über Fehler gemacht. Hier wird ein Streik beschlossen, weil heute gerade die Begeisterung dazu vorhanden ist, welche an einem andern Tage nicht mehr erzielt würde; dort wird gestreikt, weil der Fabrikant es nicht duldet, daß die Kollegen während der Arbeit ein Fäßchen Bier trank. n. Der Hauptvorstand wird in vielen Fällen nur noch als ein Automat betrachtet, welcher nach vollendeten Thatsachen mechanisch die Erlaubnis zu Streiks und die Mittel dazu hergeben muß. Dann werden wieder Streiks, welche nach 3- oder 4wöchentlicher Dauer unter allen Umständen beigelegt werden müßten, 18—20 Wochen lang fortgeführt, jede Woche die schwierig aufgebrachten Verbandsbeiträge verschlingend. Kurz, es herrscht die reinste Anarchie auf diesem Gebiete. Wie ein Mann müßten sich alle erst denken, Kollegen gegen derartige Zustände in der Organisation anzukämpfen und dafür im Verbands- wie im Interesse der gesamten Metallarbeiterbewegung sorgen, schließlich Bestimmungen zu treffen, um solche Mißstände zu beseitigen. Ich erkläre ausdrücklich: Das Mittel des Streiks darf sich keine Gewerkschaft nehmen lassen, aber Aufgabe der Gewerkschaftsorgane ist es, die Streiks nur dort anzuwenden, wo ohne dieselben dem Kapital nichts abgerungen werden kann. Ferner dürfen die Streiks nicht planlos geführt werden.

Ist es bei diesen Zuständen ein Wunder, daß die Hoffnungen mancher Kollegen, die sie auf den Verband setzen, nicht in Erfüllung gingen? Ist es ferner ein Wunder, daß sich der Verband bei solchen Zuständen finanziell verbluten muß?

Und ist es schließlich ein Wunder, daß ältere und besonders verheiratete Kollegen wegen dieser Zustände eine gewisse Abneigung gegen die Organisation hegen? Kollegen! Die Dinge liegen so und ich fand sie erst kürzlich in einer Reihe großer und kleiner Orte bestätigt.

Ich gebe mich nicht der Hoffnung hin, durch vorstehende Ausführungen die eingegeistigten Anhänger der Fachzentralisationen bekehrt und veranlaßt zu haben, ihre Fachzentralisationen zu Gunsten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und im Interesse der gesamten deutschen Metallarbeiter aufzulösen, aber ich hoffe, die Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes — soweit sie es nicht schon waren — überzeugt zu haben, daß unser Streben höheren Zielen gewidmet sein muß, als das bisher vielerorts der Fall war. Diese Ziele sind: Die Erweite-

rung und den Ausbau des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, den Mitgliedern zu Nutze, ihren Feinden zum Trug!

Wir befinden uns gegenwärtig im Zeichen des wirtschaftlichen Aufschwunges, man kann annehmen, daß diese Zeit der günstigen Geschäftsperiode noch einige Zeit anhalten wird. Ein besserer Zeitpunkt, um unsere wirtschaftlichen Forderungen der Verwirklichung näher zu führen, kann nicht gebacht werden. Leider hat dieser Zeitpunkt bisher viel zu wenig Beachtung seitens der Kollegen gefunden. Die Zeitverhältnisse haben uns vor die unabwiesbare Aufgabe gestellt: Erhöhung der Beiträge! Die Generalversammlung in Magdeburg erhöhte die Beiträge von 15 auf 20 J wöchentlich, schaffte aber die Extrastener ab, so daß in Wirklichkeit die Beitragserhöhung keine 5 J pro Woche ausmacht.

Der Zweck des Metallarbeiter-Verbandes ist, soweit die jeweiligen Klassenverhältnisse es gestatten:

- a) möglichste Beschränkung der Arbeitszeit, Beseitigung der Sonntagsarbeit, der Ueberstunden und der Uffordarbeit, unter Zugrundelegung eines Lohnes, welcher für die Befriedigung der Bedürfnisse der Arbeiter und ihrer Familien ausreichend ist;
- b) Gewährung von Reisegeld;
- c) Unterstützung der Mitglieder in Nothfällen, sowie in allen Fällen, in denen eine Unterstützung zur Erreichung des Verbandszweckes notwendig ist;
- d) freier Rechtschutz in gewerblichen und solchen Streitigkeiten, in welche die Mitglieder in Folge ihrer Verbandsbeteiligung verwickelt werden;
- e) Pflege der Berufstätigkeit;
- f) Regelung des Arbeitsnachweises und Herbergswesens;
- g) Pflege gemeinnütziger und wissenschaftlicher Vorträge.

Ich habe oben gesagt, daß die Klassenverhältnisse oft die Erreichung des einen oder anderen Zieles unmöglich machen. Zum Kampfe gehört Geld und nochmals Geld. Wollen wir keine Vereinspielerei treiben, wollen wir unserem Verbandscharakter als Kampforganisation wahren, so können wir nicht anders als die Beiträge erhöhen. Wenn hingegen eingewendet werden sollte, daß die Lohnverhältnisse in der Metallindustrie derart niedrig seien, daß ein höherer Beitrag nicht bezahlt werden könnte, so bestreite ich das. In Dutzenden von Fällen ließe sich nachweisen, daß die Kollegen sich oft eine Lohnreduktion im Betrage von 1 M pro Woche und höher ruhig gefallen ließen. Wenn das bei den jetzigen Lohnverhältnissen möglich ist, so muß es auch möglich sein, einen um einige Pfennige höheren Beitrag zu bezahlen, um die Organisation in den Stand zu setzen, mit Erfolg gegen die von den Unternehmern so beliebten Lohnreduktionen Front zu machen. Auch muß es gesagt werden: Viele Kollegen gibt es noch, die wöchentlich einige Mittel für die so verwerflichen Räuber- und Schwindromane und sonstigen kapitalistischen Prepperzengüsse übrig haben, wodurch sie sich zu Handlangern des Kapitals machen. Die bei einem Theil der Kollegen bestehende Abneigung gegen höhere Beiträge dürfte aber auch dadurch hervorgerufen sein, daß sich agitatorisch thätige Kollegen jahrein jahraus auf die Rednerbühne stellen und sagen: „Seht mal, liebe Kollegen, unser Verdienst ist derart schlecht, daß wir nicht im Stande sind, mehr als 15 oder 20 J Wochenbeitrag an den Verband zu bezahlen.“ Dem gegenüber verweise ich auf Organisationen, deren Angehörige einen bedeutend geringeren Durchschnittslohn verdienen als die Metallarbeiter, aber doch einen höheren Beitrag bezahlen. So bezahlen z. B. die Buch-

binde 25 J Wochenbeitrag. Und die von denselben im Laufe des Jahres ausgeführten Lohnkämpfe lassen erkennen, daß in ihrer Organisation ein guter Stern steht.

Nicht man ferner in Betracht, daß — wie ich wohl behaupten darf — die große Mehrheit unserer Mitglieder die Arbeitslosenunterstützung im Verbandsbeitragsersatz nicht ausbleiben. Kollege Segitz behauptet, daß es dem Verbandsbeitrag Arbeitslosenunterstützung zu bezahlen.

Auf der am 4. Oktober stattgefundenen nordbayerischen Metallarbeiter-Konferenz wurde ebenfalls die Frage der Beitrags-erhöhung besprochen. Ich hatte den Auftrag zu vertreten: den Wochenbeitrag auf 40 J zu erhöhen, welcher Antrag im Falle der Annahme der im nächsten Jahre stattfindenden Generalversammlung unseres Verbandes zur Annahme empfohlen werden sollte. Der Antrag wurde zwar abgelehnt, die Diskussion ergab aber, daß von den 46 Vertretern nur einige sich gegen die Erhöhung der Beiträge aussprachen und daß die große Mehrzahl für Erhöhung der Beiträge war, nur um die Höhe konnte bei der vorgeschrittenen Zeit keine Einigung erzielt werden, zumal auch ein Vorschlag gemacht war, stufenweise Beitragszahlung einzuführen.

Es ist selbstverständlich, daß bei höherer Beitragsleistung die Mitglieder auch ein erhöhtes Interesse am Verbandsbeitrag haben, da ihnen derselbe dann größere direkte und indirekte Vorteile bietet. Die bedenkliche Erscheinung des starken Mitgliederwechsels im Verbandsbeitrag würde bei höheren Beiträgen günstig beeinflusst werden, da die Mitglieder dann nicht so leichtfertig mit ihrer Mitgliedschaft umgehen würden, wie dies jetzt vielfach der Fall ist.

In Bezug auf die Regelung der Streiks wird sich die nächste Generalversammlung u. A. auch mit folgenden Beschlüssen der nordbayerischen Metallarbeiter-Konferenz zu beschäftigen haben:

- 1) Streiks dürfen vom Verbandsmitgliede nur dann materiell unterstützt werden, wenn der Hauptvorstand, bezw. dessen Stellvertreter mit den am Ort vorhandenen Sektionsverwaltungen gemeinschaftlich den Streik beschlossen hat.
- 2) Die Arbeiter einer Fabrik oder Werftstätte sind nicht bezeugt, Beschlüsse zu fassen, wonach in einen Streik eingetreten werden soll.

Folgender Antrag wird ebenfalls an die Generalversammlung gestellt werden:

- 3) Bei Streiks dürfen aus Verbandsmitteln nur solche Verbandsmitglieder unterstützt werden, welche bei Ausbruch des Streiks mindestens 1/2 Jahr dem Verbandsbeitrag angehört und ihre Beiträge bezahlt haben.

Irthümlicherweise hegen einzelne Verbandskollegen die Ansicht, als seien obige Anträge schon jetzt in den Streikbestimmungen des Statuts enthalten. Bei näherer Prüfung dieser Bestimmungen ist der Irrthum leicht einzusehen. § 21 Abs. 2 des Statuts lautet: „Drehen in einem Geschäft Differenzen aus, woran Verbandsmitglieder theilhaftig sind, so treten diese unter Zuziehung der Ortsverwaltung bezw. des Vertrauensmannes zur Berathung der Sachlage zusammen.“

Antrag 1 will, daß ein Vertreter des Vorstandes mit den am Orte vorhandenen Sektionsverwaltungen die Entscheidung über den Streik fällt. Da es sich in der Metallindustrie meistens um Streiks handelt, an denen eine größere Anzahl Personen theilhaftig ist, so ist die Zuziehung eines Vertreters des Hauptvorstandes sowie anderer Verbandsbeamten am Orte, welche die Sachlage mit ruhigerem und oft kritischerem Blick prüfen als die dabei theilhaftigen Kollegen, absolut notwendig.

Die Bestimmung des § 21 Abs. 4: „Die an den Differenzen theilhaftigen Verbandsmitglieder haben in geheimer Abstimmung festzustellen, ob sie in einen Ausstand eintreten wollen“, ist bisher

meistens so gehandhabt worden, daß nach der geheimen Abstimmung auch sofort in den Streik eingetreten wurde. Alle weiteren Bestimmungen des Statuts, wonach der Hauptvorstand auf Grund des Situationsberichts, sowie der Stimmentzettel über die geheime Abstimmung erst zu prüfen hat, ob Aussicht auf erfolgreiche Durchführung des Ausstandes vorhanden ist und daraufhin den Vorstandsbeschlüssen auf Genehmigung oder Nichtgenehmigung des Streiks dem Bevollmächtigten bezw. Vertrauensmann zuzustellen hat, sind durch die sofortige Streikproklamation illusorisch gemacht. Auch die Bestimmung, daß vor Zustellung des Vorstandsbeschlusses unter keinen Umständen die Arbeit niedergelegt werden darf. — Damit wären wohl die Anträge bezw. Beschlüsse 1 und 2 genügend begründet.

Auf Stelle des § 21 Abs. 9 müßte obiger Antrag Nr. 3 gesetzt werden. Ersterer lautet: „Das Recht auf Unterstützung bei Ausständen haben Verbandsmitglieder nur dann, wenn sie mindestens 26 Wochen dem Verband angehört und ihre Beiträge bezahlt haben. In außergewöhnlichen Fällen ist der Vorstand berechtigt, Unterstützung auch bei kürzerer Mitgliedschaft zu gewähren.“ — Die außergewöhnlichen Fälle, in denen auch Unterstützung bei kürzerer als 26wöchiger Mitgliedschaft gewährt werden kann, sind zur Regel geworden, denn nicht selten kommt es vor, daß sich Kollegen und Kolleginnen erst nach Ausbruch des Streiks als Mitglieder in den Verband aufnehmen lassen, jedoch regelrecht Streikunterstützung beziehen, wie die schon längst organisierten Streikenden. Wird durch solche Dinge nicht gerade die Trägheit vieler unorganisierter Kollegen unterstützt? Antrag 3 will diese „außergewöhnlichen“ Fälle, welche jetzt die Regel sind, beseitigen, und da ist es wohl nicht zu weit gegangen, wenn der Verband von jemanden, der in 4 Wochen 48 M und noch mehr Streikunterstützung bezieht, für 13 Wochen, das sind bei dem jetzigen Beitrag M 2,60, Beiträge verlangt. Wie wohlthuend derartige Beschlüsse für den Verband sind, geht daraus hervor, daß die Vielefelder Kollegen auf den Beschluß hin, daß nur dann ein Streik unternommen werden darf, wenn 75 Prozent der Theilhaftigen organisiert sind, einen bedeutenden Mitgliederzuwachs zu verzeichnen haben. Sind bei einem Streik einzelne Theilhaftige vorhanden, welche die vierteljährliche Karenzzeit nicht aufzuweisen haben, so steht es immer in der Hand der Kollegen an dem betr. Orte, solche Streikende aus örtlichen Verbandsmitteln oder aus den freiwilligen Streikbeiträgen zu unterstützen. So würde auch der Antrag 3 nur die Wirkung haben können, dem Verband vielfach neue Mitglieder zuzuführen und zu erhalten und was die Hauptsache ist: den Verband finanziell bedeutend kräftigen.

Nun einiges über die Arbeitslosenunterstützung.

Wenn die Verbandsmitglieder sich zu höheren Beiträgen verstehen, so haben sie auch ein Recht, größere Ansprüche an den Verband zu stellen. Der diesjährige Gewerkschaftskongress hat sich prinzipiell für die Arbeitslosenunterstützung erklärt und es den Verbänden anheimgestellt, dieselbe überall einzuführen, wo es möglich ist. Es gibt noch eine Anzahl Kollegen, welche die Arbeitslosenunterstützung als „Prinzipienfrage“ betrachten und deshalb gegen dieselbe sind. Auch ich gehörte zu jenen. Ich muß gestehen, daß ich in dieser Frage aus einem Saulus zu einem Paulus ward. Ich tröste mich aber mit anderen Kollegen, wie z. B. unserem erfahrenen Genossen Segitz, welcher entgegen seiner früheren Ansicht heute ein waderer Verfechter der Arbeitslosenunterstützung ist. Auch ich bin durch längeres Studium der Frage zu der Anschauung gelangt, daß die Arbeitslosenunterstützung

keine prinzipielle, sondern eine rein taktische Frage ist. Parvus sagt in seiner Broschüre: „Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie“ S. 36 und 37: „Die Arbeitslosen-Unterstützung hat nur einen Sinn als gewerkschaftliches Kampfmittel. Dann handelt es sich aber dabei am Allerwenigsten um die Arbeitslosen selbst, sondern hauptsächlich um die beschäftigten Arbeiter, die unter der Konkurrenz der Arbeitslosen leiden. Es handelt sich nicht darum, die Arbeitslosigkeit innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise zu beseitigen, sondern darum, die Konkurrenz der Arbeitslosen in ihren die Widerstandskraft der Arbeiterorganisationen schädigenden Wirkungen zu mildern.“

„Streikunterstützung ist ja auch Unterstützung von Arbeitslosen und doch besteht gerade darin das Wesen der Gewerkschaften. Man wird aber während eines Streiks öfter genötigt sein, selbst Nichtorganisierte und auch solche zu unterstützen, die durch den Streik nicht direkt berührt werden, die schon früher arbeitslos waren. Denn man muß ja Alles aufbieten, um den Erfolg der Streikenden zu verhindern. Und um den Arbeitsmarkt zu entlasten, dazu ist ja auch die Reiseunterstützung da. Entkleidet man so die gewerkschaftliche Frage der Arbeitslosenunterstützung aller Nebenumstände und alles ideologischen Aufpuzzes, dann läßt sie sich in folgende Fassung bringen: ist es für die gewerkschaftliche Organisation von Nutzen auch außerhalb des Streiks ihre arbeitslosen und am Orte verbleibenden Mitglieder zu unterstützen und zu diesem Zweck entsprechend hohe Beiträge zu erheben? Es ist eine rein taktische Frage und keine prinzipielle.“

Parvus führt weiter aus, daß in solchen Gewerben, in denen die Arbeitslosigkeit mit der Regelmäßigkeit der Jahreszeit sich einstellt, wie z. B. im Baugewerbe, es ein gewagtes Experiment sei, die Arbeitslosenunterstützung einzuführen. Das dürfte in der Metallindustrie jedoch nicht zutreffen.

Ueber die Frage: In welcher Form die Arbeitslosenunterstützung einzuführen ist, gehen die Meinungen auseinander. Verschiedentlich wurde privatim der Vorschlag gemacht, eine Arbeitslosenkasse neben dem Verband einzuführen und es jedem Kollegen zu überlassen, ob er Beiträge für die Arbeitslosenkasse bezahlen, mit anderen Worten, ob er Mitglied sein will oder nicht. Ich halte diesen Vorschlag nicht für geeignet, unsere Bewegung zu fördern, denn nur in der Einheitlichkeit unserer Aufgaben und Ziele liegt unsere Macht. Bei Akzeptierung obigen Vorschlages würden wir einen sehr komplizierten Verwaltungsapparat schaffen, welcher schon nach wenigen Monaten unhaltbar sein würde. Das Gleiche wäre der Fall, würden wir stufenweise steigende Beiträge einführen.

Mein Vorschlag geht dahin: Bei Einführung der Arbeitslosenunterstützung wäre die Reiseunterstützung zu beseitigen. Die Karenzzeit für den Bezug der Arbeitslosenunterstützung beträgt 1 Jahr. Für die schon 1 Jahr dem Verbands angehörigen Kollegen müßten Uebergangsbestimmungen geschaffen werden, wonach dieselben nach 3 Monaten vom Tage der Entrichtung höherer Beiträge an gerechnet, Arbeitslosenunterstützung bis zu einer bestimmten Summe beziehen können. Nach Ablauf eines Jahres vom Tage der Einführung höherer Beiträge an würde dann die Arbeitslosenunterstützung bis zu einer bestimmten Höhe an alle arbeitslosen Kollegen bezahlt werden, welche die einjährige Karenzzeit nachweisen können. Der wöchentliche Beitrag müßte auf mindestens 40 A erhöht werden. Für die weiblichen Mitglieder des

Verbandes müßten entsprechend geringere Sätze festgesetzt werden.

Kollegen, ich hege die feste Ueberzeugung, daß bei vorurteilsfreier Prüfung meiner Anregungen sich Jedem die Ansicht aufdrängen muß, daß wir mit dem uns eigenen eisernen Willen mit Leichtigkeit im Stande sein werden, unsern Verband, der schon heute nominell die stärkste Arbeiterorganisation Deutschlands darstellt, so zu gestalten, daß er allen Anforderungen der Kollegen und der jetzigen Zeit entspricht und daß er auch in den Stand gesetzt ist, uns zu Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges ein festes Bollwerk gegen die kapitalistische Ausbeutungswuth zu sein.

Die Zeit ist uns günstig. Wir dürfen nicht stillstehen, denn das bedeutet Rückgang. Der weltbewegende industrielle Fortschritt gebietet uns zu kämpfen und unsere Organisation in einer den Verhältnissen entsprechenden Weise auszubauen.

Es ist wohl nicht zu leugnen, daß wir vor einer Weltmarktentwicklung stehen. Wir müssen daher die Verhältnisse ausnützen, unsere Gewerkschaft auf die Höhe der Zeit bringen, ihre Kasse und Mitgliederlisten füllen, mit einem Wort: agitieren, erziehen und organisieren. —

Unser Verband hat ferner noch die Aufgabe, zu sorgen, daß seine Mitglieder der wenigen wohlthätigen Bestimmungen der Sozialgesetze theilhaftig werden. Leider ist es Thatsache: die Unkenntnis der Arbeiter über die Sozialgesetze ist eine große. Hier muß helfend eingegriffen werden in Bezug auf die Beaufsichtigung der in dieser Gesetzgebung den Arbeitern garantierten Rechte. Wie verhält es sich mit den Bestimmungen über den Arbeiterschutz bei den Unternehmern sind, davon haben wir täglich zahlreiche Beweise. Der Kampf des Einzelnen gegen die kapitalistischen Gesetzesverächter um sein gewährleistetetes Recht ist erfolglos, es wäre daher sehr zu wünschen, daß alle denkenden Arbeiter und besonders die der größeren Städte unverzüglich zur Frage der Schaffung von Arbeiter-Sekretariaten Stellung nehmen würden.

Dieselben müßten folgende Aufgaben haben: Rechtsschutz und Beistand in allen gewerblichen Streitigkeiten, Krankenkassen-, Unfallversicherungs- und Alters- und Invalidenversicherungs-Angelegenheiten. — Unterstützung der Aufsichtsbeamten in Gewerbe und Industrie. Nachforschung über die Handhabung der Arbeiterschutzvorschriften in Fabriken und Werkstätten. — Statistische Erhebungen über Betriebsunfälle, Lohn-, Arbeits-, Ernährungs- und Wohnungsverhältnisse der Arbeiter. — Rathhertheilung bei Anständen und Lohnbewegungen. —

Man, Kollegen, nehmt Stellung zu meinen gesammelten Vorschlägen und äußert Euch über dieselben. Die Frucht der Diskussion wird gewiß den gesammten Arbeitern und Arbeiterinnen der Metallindustrie zu Gute kommen.

Mürnberg, im November 1896.

Carl Breder.

### Konferenz der Arbeiter-Beisitzer an deutschen Gewerbegerichten.

Am 15. November begann in Grothe's Restaurant (Händels-Platz in Halle a. S.) die Ende August von Lübeck aus in Anregung gebrachte Konferenz der Gewerbegerichts-Beisitzer aus den Kreisen der Arbeiter. Bei der Zusammenkunft handelte es sich namentlich um Stellungnahme zu der Sunnungsnovelle, die eine Beschränkung der gesammten Thätigkeit der Gewerbegerichte im Gefolge hat. Das Verbandsorgan deutscher Gewerbegerichte hat seiner Zeit in einer Sondernummer den erwähnten Entwurf über die Abänderung der Gewerbeordnung eingehend besprochen, worauf zunächst die Arbeiterbeisitzer des

Gewerbegerichts zu Lübeck sich mit der Angelegenheit beschäftigten und einen Aufruf erließen zur wirksamen Agitation gegen den Entwurf, um die Regierungsvertreter durch energischen Protest zu beeinflussen. Es soll eine Organisation der Arbeitnehmer-Beisitzer gegründet werden, wie auch ein Verband der Gewerbegerichts-Vorsitzenden schon besteht. Auch soll dem Reichstage eine Petition unterbreitet werden im dem Sinne, dem genannten Entwurfe seine Zustimmung zu verweigern. —

Der Delegirte Barthels-Lübeck eröffnete die Sitzung und begrüßte die erschienenen Vertreter der Gewerbegerichte mit einem Hinweis auf die bevorstehenden Arbeiten. Alles Mögliche müsse gethan werden, damit der Entwurf über die Abänderung der Gewerbeordnung nicht Gesetz werde. Die Konferenz sei einberufen, um eine engere Fühlung zwischen den Beisitzern der Gewerbegerichte zu bekommen. Die rege Theilnahme sei mit Freuden zu begrüßen, aber sie wäre noch einmal so stark geworden, wenn die Arbeiterpresse sich der Sache der Gewerbegerichte mehr angenommen und voll und ganz ihre Schuldigkeit gethan hätte. Ein leiser Vorwurf könne dieser Presse nicht erspart bleiben. Die Konferenz sei unter großen Schwierigkeiten zusammengekommen, doch sei die dadurch ausgestreute Saat auf guten Boden gefallen. Der Gewerbegerichtsbeisitzer und Vertrauensmann unserer Partei in Halle, Genosse Schade, begrüßte die Delegirten im Namen der halle'schen Arbeiterschaft. Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission sind 41 Beisitzer erschienen, die 41 Gewerbegerichte vertreten. Dem Berichterstatter des Gewerbegerichts zu Leipzig, Genossen Lipinski, wird als Delegirten eine Berathung, aber keine beschließende Stimme zuerkannt. In das Bureau werden gewählt als Vorsitzende Barthels-Lübeck, Schäfer-Leipzig, und als Schriftführer Müller-Bremerhaven, Sittig-Hannover und Millarg-Berlin.

Es wird zum Punkt „Organisationsfrage“ übergegangen. Der Delegirte Leiß-Mürnberg, Vertreter eines der ältesten Gewerbegerichte, wendet sich gegen eine feste Organisation und warnt davor aus vereinsgesellschaftlichen Gründen, wobei er besonders auf das bayerische Vereinsgesetz verweist; er empfiehlt, lose Fühlung zu nehmen, damit das, was geschaffen werden soll, nicht wieder entrispen werden kann. Fricke-Dresden erklärt ebenfalls, eine feste Organisation sei nicht empfehlenswerth. Körsten-Berlin führt aus, der Zweck einer Organisation sei nicht ersichtlich. Die organisirten Arbeiter seien schon jetzt genügend angespannt und es würde durch Neugründung von Organisationen eine Ueberanstrengung der Kräfte stattfinden. Worin sollte denn überhaupt die Thätigkeit der Organisation bestehen? Sollen vielleicht dem Richterstande vom Gewerbegericht Vorschriften gemacht werden, damit die Urtheile alle gleichmäßig ausfallen? Keineswegs! Die Arbeiter-Beisitzer dürfen nicht nach einer Schablone, sondern müßten nach freiem Ermessen urtheilen. Die Gewerbegerichts-Beisitzer sollten auf dem Standpunkt der Gewerkschaft stehen und man müsse sich die Personen ansehen, die man als Beisitzer wähle, damit nicht Leute in das Gewerbegericht hineingeschickt werden, welche die Arbeiterinteressen im Stiche lassen. Eine feste Organisation sei zu verwerfen, dagegen sei eine Verständigung anzustreben. Die weiteren Redner wenden sich alle gegen eine feste Organisation und empfehlen Zusammenkünfte in den Orten, wo sich Gewerbegerichte befinden. Auch aus finanziellen Gründen spricht man sich gegen eine feste Organisation aus. Barthels-Lübeck hebt hervor, daß die Kollegen im Irrthum wären, wenn sie geglaubt hätten, es sei von den Einberufern der Konferenz eine feste Or-

ganisation geplant. Es sei nur dahin zu streben, einen Zentralpunkt zu schaffen, an dem man sich in dringenden Fällen wenden könne. In der weiteren Debatte wurde empfohlen, die Thätigkeit der Arbeiter-Beisitzer durch die örtlichen Gewerkschafts-Kartelle zu beaufsichtigen. Martensen-Hamburg wendet sich mit Entschiedenheit dagegen, die Thätigkeit der Beisitzer durch die Gewerkschaftskartelle beaufsichtigen zu lassen. Von dem Tage an, wo der Beisitzer gewählt ist, dürfe er in seiner gerichtlichen Thätigkeit nicht beeinflusst werden. Er habe nach bestem Wissen und Gewissen sein Urtheil abzugeben und die politische Parteistellung dürfe nicht in Betracht kommen. Im Uebrigen müßten die Wähler, die in den Gewerkschaften vertreten sind, selbst wissen, was sie zu thun haben. Als einen Uebelstand bezeichnete man, daß einige der Vorsitzenden der Gewerbegerichte, die in Straßburg auch eine Konferenz abgehalten haben, zuweilen in nicht schöner Weise mit den Arbeiter-Beisitzern umsprängen. Von einigen Delegirten wurde dagegen die Thätigkeit mehrerer Vorsitzenden anerkannt. Besonders die Thätigkeit des Magistrats-Messors Cuno in Berlin wurde als objektiv bezeichnet. Schließlich wurde folgende Resolution angenommen:

1. Die heutige Konferenz der Gewerbegerichts-Beisitzer (Arbeitnehmer) sieht von einer festen Organisation ab; empfiehlt dagegen, einen Zentralpunkt zu bestimmen, der in interessirenden Gemeinfragen geeignete Schritte zur Verständigung unternimmt und eventuell die Beisitzer zu Konferenzen zusammenberuft.

2. Die Aufsicht über die Beisitzer (Arbeitnehmer) außer ihrer gerichtlichen Thätigkeit empfiehlt die Konferenz den örtlichen Gewerkschaften.

3. Als geeigneter Ort für den Zentralpunkt wird Berlin bestimmt.

Zum Punkt „Presse“ bemerkte Barthels-Lübeck einleitend, daß die Anreger der Konferenz es für nothwendig gehalten hätten, auch ein geistiges Band für die Beisitzer zu schaffen, weshalb man sich an das „Korrespondenzblatt“ (Organ der Generalkommission) und den Redakteur des Organs „Das Gewerbegericht“, Herrn Messor Cuno in Berlin gewandt habe. Beide Organe hätten sich in gleichem Sinne zur Verfügung gestellt, und es sei deshalb der Konferenz eines der beiden Organe als Publikationsorgan zu empfehlen. Nach längerer Debatte wird mit 21 gegen 20 Stimmen beschlossen, das „Gewerbegericht“ als Publikationsorgan zu bestimmen. Darin sollen alle Urtheile, die im Prinzip oder für eine Branche von Interesse sind, veröffentlicht werden. Alle Veröffentlichungen sind zunächst an den Berliner Ausschuß zu senden.

Es wird zur Sunnungsnovelle übergegangen. Der Vorsitzende Barthels-Lübeck referirt hierüber und legt dann folgende Resolution vor: „Die heute in Halle versammelten Gewerbegerichts-Arbeitnehmer-Beisitzer Deutschlands, vertreten durch 41 Städte, beschließen, den Reichstag zu ersuchen, den Bestimmungen in der vom „Reichs-Anzeiger“ unterm 4. August d. J. veröffentlichten Handwerker-Sunnungsvorlage, soweit dieselben sich auf den Ausbau und die Neugründung von Sunnungs-Schiedsgerichten beziehen (§§ 84, 84a und 86a) die Genehmigung verweigern zu wollen.“

Millarg-Berlin führt zur Begründung dieser Resolution an, daß seit dem Bestehen der Gewerbegerichte der Beweis geliefert ist, daß diese Gerichte sich nicht nur im vollsten Maße die Sympathie der Arbeiter errungen haben, sondern daß auch die Abneigung der Unternehmer gegen die Gewerbegerichte mehr und mehr schwindet; weiter weist der Redner die Mangelhaftigkeit der Sunnungs-Schiedsgerichte nach. Die Resolution wird ein-

\*) Verlag der „Sächsischen Arb.-Ztg.“, Dresden.

stimmig angenommen; weiter wird beschlossen, sie in 400 Exemplaren den Mitgliedern des Reichstages zuzusenden.

Es wird dann in der Diskussion über die Innungs-Novelle fortgefahren. Alle Redner sprechen sich gegen dieselbe aus. Nachdem in Anregung gebracht ist, in allen Orten, wo es möglich, Protestversammlungen gegen die Innungs-Novelle abzuhalten, wird eine Resolution angenommen, nach welcher die Teilnehmer der Konferenz den Entwurf betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung mit aller Entschiedenheit verwerfen.

Es folgt der Punkt: Die praktische Thätigkeit der Gewerbegerichts-Beisitzer im Amte, worüber zunächst Martiens-Hamburg referirt. Jeder Beisitzer müsse sich mit den Gesetzesbestimmungen vertraut machen, damit er den Vorsitzenden, die wohl zum größten Theil die Ansicht haben, daß der Beisitzer nur ein notwendiges Uebel ist, auch gewappnet gegenübertreten kann. Es müsse verlangt werden, daß vom Staate die erforderlichen Gesetzbücher für die Gewerbegerichte zur Information geliefert würden. Die Beisitzer hätten das Recht, während der Verhandlung selbständig Fragen zu stellen, gegen Annahmen der Vorsitzenden zu protestiren etc.; sie hätten aber auch die Pflicht, die ihnen vorgelegten Arbeitsordnungen zu kontrolliren und Einwendungen zu machen, wenn dieselben gegen Moral und Sitte verstößen. Redner schließt mit dem Wunsche, daß jeder Beisitzer sein Recht bis auf das äußerste ausnutzen möge. Millarg-Berlin meint, eine unangenehme Empfindung sei es, daß den Gewerbegerichts-Vorsitzenden das Richteramt meistens als Nebenamt übertragen sei. Es müsse gegen zu lange Sitzungen protestirt werden. Denn wenn von Vormittags halb 10 Uhr bis Abends 6 3/4 Uhr, was in Berlin passiert ist, ununterbrochen gearbeitet wird, so dürfe man sich nicht wundern, wenn ungesunde Urtheile gefällt werden. Durch solche Arbeitszeit würden nicht bloß die Beisitzer, sondern auch die Vorsitzenden überanstrengt. Im weiteren Verlauf der Debatte wurde das Vergleichsverfahren kritisiert, die Lohnzahlung am Freitag als ein erstrebenswerthes Ziel bezeichnet und der § 123 der Gewerbeordnung einer Beleuchtung unterzogen.

In der Nachmittags-Sitzung theilt Millarg-Berlin auf Grund einer Verusszusammenstellung der Delegirten mit, daß 21 Berufe auf der Konferenz vertreten sind. Die Holzarbeiter stellen die übergroße Majorität der Teilnehmer.

Zum nächsten Tagesordnungs-Punkt: „Stellungnahme zur Gesinde-Ordnung“ wurde ohne Debatte folgende von halbsichigen Beisitzern eingebrachte Resolution einstimmig angenommen: „Die Reichsregierung wird durch die Konferenz ersucht, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die rechtliche Stellung aller Personen, die jetzt noch den Gesinde-Ordnungen unterstehen, einheitlich geregelt wird, und zwar in dem Sinne, daß die Gesinde-Ordnungen aufgehoben und die ihnen Unterstehenden unter die Gewerbeordnung gestellt werden.“

Folgende von dem Delegirten Lipinski eingebrachte Resolution wurde ebenfalls einstimmig angenommen: „Der Kongreß der Gewerbegerichts-Beisitzer Deutschlands erachtet die jetzt den Handlungsgehilfen gewährte Rechtshilfe den veränderten sozialen Verhältnissen nicht mehr entsprechend, für ungenügend, für zu kostspielig und langwierig und erklärt sich für die Ausdehnung der Gewerbegerichte auf die Handlungsgehilfen, weil ihnen dadurch, ohne ihre besonderen Berufsinteressen zu verletzen, eine schnelle und billige wie sachgemäße Erledigung ihrer Klagen möglich ist. Demgemäß spricht sich der Kongreß auch für das Wahlrecht und die Wahlfähigkeit der Handlungsgehilfen zum Gewerbegerichte aus.“

Vergleichen wurden die folgenden zwei Resolutionen angenommen: „Es hat sich durch die bisherige Praxis der Gewerbegerichte bemerkbar gemacht, daß die Einlegung der Berufung gegen Urtheile, in denen das Objekt über 100 M beträgt, als ein Uebelstand anzusehen ist. Es vertritt sich das mit den wirtschaftlichen Verhältnissen der heutigen Zeit keineswegs und es ist für die Arbeiterschaft von großem Interesse, daß Berufungen gegen Urtheile der Gewerbegerichte nicht mehr als zulässig erklärt werden.“

„Die Berliner Kollegen werden beauftragt, einen Entwurf anzuarbeiten, wonach die Lücken des Gesetzes betr. die Wahlordnungen der Ortsstatute einer Prüfung zu unterziehen sind.“

Weiter wurde beschlossen, darnach hinzustreben, daß die Beisitzerwahlen, wie in München, Sonntags vorgenommen werden können, resgleichen wurde empfohlen, an den Kommunal-Arbeitsnachweisen, wo solche bestehen, theilzunehmen, und schließlich wurde noch richtig gestellt, daß alle für das Organ: „Das Gewerbegericht“ bestimmten Publikationen nicht wie früher mitgetheilt an den Berliner Ausschuß, sondern direkt an die Zeitung zu senden sind. Damit hatte die Konferenz ihre Arbeiten erledigt. In einem kurzen Schlußworte statet der Vorsitzende Bartheles den Teilnehmern der Konferenz sowie dem Halle'schen Ausschusse der Beisitzer seinen Dank für die Mühewaltung aus und schließt dann die Konferenz mit einem dreifachen Hoch auf die Gewerbegerichte und die Arbeiterbewegung. Mitgetheilt sei noch, daß die Verhandlungen polizeilich überwacht und von einem amtlichen Stenographen aufgenommen wurden.

### Das Maschinenwesen in Amerika.

Die Vereinigten Staaten führten im Jahre 1893 Maschinen ein im Werth von 3 370 412 Dollars; davon entfielen allein 2 804 075 Doll. auf England, 240 253 Dollars auf Deutschland und der Rest auf die übrigen europäischen Staaten. England und Deutschland sind darnach die Hauptexporteure von Maschinen nach Amerika, aber England ist Deutschland immer um einige Pferdelaugen voraus. So exportirte im Jahre 1889 England für 2 049 147 Doll., Deutschland aber nur für 143 538 Doll.; im Jahre 1891 England für 2 052 077 Doll., Deutschland für 340 990 Doll. und nach den obigen Ziffern für 1893 ist der englische Export wesentlich gestiegen, der deutsche dagegen zurückgegangen.

Jedoch ist die ganze Maschineneinfuhr in Amerika nicht groß, was sich aus der Abneigung der Amerikaner gegen fremde Maschinen und auch aus den hohen Eingangszöllen erklärt. Trotzdem sind für die Einfuhr gewisser Maschinen, wie Rotationsdruckpressen für seine Illustrationen, spezielle Maschinen für Rübenzucker-, Zement-, Eisenheizungs- und Holzfabrikation, für Maschinen zur Behandlung von Papier und Textilstoffen etc. die Aussichten nicht ungünstig. Der Erfolg hängt im Wesentlichen von ihrem niedrigeren Preisverhältniß, Einhaltung kürzerer Lieferfristen und bequemer Beschaffung von Ersatztheilen an.

Man stellt im Allgemeinen in den Vereinigten Staaten an industrielle Anlagen, Maschinen und maschinelle Gesetze die Anforderung möglichst großer und ununterbrochener Leistungsfähigkeit und Ausdauer, geringster und sparsamster Bedienung, billiger Anschaffungspreise, leicht verständlicher, einfacher, handlicher Konstruktion bei niedrigsten Unterhaltungskosten und ein schärfster Reparaturfähigkeit. Dagegen kommen Dauerhaftigkeit und Vollkommenheit der Details, auf welche in Deutschland besonderer Nachdruck gelegt wird, in Nordamerika erst in zweiter Linie in Betracht. Dem

Schönheitsfium des Amerikaners wird nach den auf der Chicagoer Weltausstellung gemachten Beobachtungen durch einen gefälligen Farbenanstrich genügt.

Zur Veranschaulichung der bei der Maschinenfabrikation in den Vereinigten Staaten maßgebenden Grundzüge mögen folgende Bemerkungen dienen, welche zunächst an den Dampfmaschinenbau, einen der wichtigsten und als Massenfabrikation betriebenen Zweig der nordamerikanischen Industrie anknüpfen. Unter den verschiedenen in der nordamerikanischen Industrie zur Verwendung gelangenden Arten von Dampfmaschinen genießen diejenigen mit Corliß-Schieber und solche mit Flachschieber-Steuerung den Vorzug vor anderen ähnlichen Systemen. Ventilmaschinen finden wenig Anklang, da dieselben zu kompliziert und zu theuer sind und in Wirklichkeit an Leistungsfähigkeit die Corliß-Maschinen nicht übertreffen. Was zunächst die Behandlung des Rahmens der letzteren betrifft, so ist bemerkenswerth, daß die Dreharbeit in denselben da, wo die Welle einliegt, überhaupt vermieden, statt dessen an dieser Stelle die ganze Fläche behohlet und die Büchse, in welcher die Welle läuft, in vier Theilen hergestellt wird, welche dann miteinander verbunden, angebohrt und in den Rahmen eingefügt werden und zwar in solcher Weise, daß die Büchse zu beiden Seiten einen genügenden Spielraum hat, um irgend welche Ungenauigkeiten in der Montirung zweier Rahmen durch geeignete Verstellung sofort berichtigen zu können. Auch ist das Gewicht des Rahmens wie überhaupt der ganzen Maschine in den Vereinigten Staaten beträchtlich leichter als in Deutschland, wofür als Grund die bessere Qualität des amerikanischen Gußeisens und die Bagghaltigkeit des Amerikaners in seinen Konstruktionen angegeben werden mag. Die Ansätze für die Corliß-Ventile werden in Amerika gewöhnlich so lange gemacht, daß der Corliß-Zylinder das wenig wohlgefällige Aussehen einer vieredigen Riste erhält, wodurch sich indeß die Bearbeitung und Befleibung des Zylinders bedeutend vereinfacht und verbilligt. Die Arbeit an dem letzteren besieht zumieist in Bohrarbeit unter Verwendung speziell für diesen Zweck eingerichteter Maschinen. Um Zeit zu sparen, werden gleichzeitig mit dem Ausbohren des Zylinders auch die Ventiltische ausgebohrt und die Flanschen bearbeitet. Uebrigens legt der Amerikaner den Corliß-Schieber sofort in die Bohrung des Zylinder-Gußstückes, während deutsche Fabrikanten für die Fürsorge des ersteren eine besondere Büchse einführen. Auch legt man entgegen dem deutschen Verfahren, demzufolge der Schieber mit größter Sorgfalt aufgeschmirgelt wird, in Amerika den rohgedrehten Schieber auf das angebohrte Gußstück und überläßt es jenem, bei der Arbeit sich selbst abzuschleifen, was auch innerhalb ganz kurzer Zeit geschieht. Im Allgemeinen erlaubt die Corliß-Steuerung im Gegenjase zu den Ventilmaschinen, bei welchen selbst die entlasteten Ventile in allen besseren deutschen Werkstätten unter Dampfdruck sehr genau eingeschliffen werden, so daß die Ausdehnung keine Rolle spielt, eine ungenügende, derartige Rücksichten nicht kennende Herstellungsweise. Die Köpfe für die Gelenke der Corliß-Steuerung und sonstige Maschinenteile werden durch Stangen so genau nachgearbeitet, daß zur Fertigstellung nur noch ein verhältnißmäßig geringer Theil von Hand- und Maschinenarbeit notwendig wird. Auch gelangt in Amerika fast gewaltes Eisen vielfach zur Verwendung, welches, so exakt hergestellt ist, daß auf die Dreharbeit gänzlich verzichtet werden kann. Bemerkenswerth ist ferner, wie mit wenigen Normalgrößen in Regulatoren in den Vereinigten Staaten gearbeitet wird. Die wohlbekannteste Firma Allis & Co. in

Milwaukee, welche die Dampfmaschinenfabrikation in außerordentlich großem Umfange betreibt, hat nur zwei solcher Größen und man findet in ihrer Werkstätte gewöhnlich eine Reihe von zwei bis drei Duzenden fertiger Regulatoren vor, welche gegebenenfalls sofort an irgend eine Maschine angefügt werden können. In gleicher Weise werden die verschiedenen Größen der Corliß-Steuerung nach Möglichkeit auf die kleinste Anzahl von Normalgrößen ausgebildet. Dieselbe Größe von Corliß-Steuerungstheilen, welche in besonderen Abtheilungen der Werkstätte auf sogenannten Revolverdrehbänken nach Lehren und Stichmaßen hergestellt werden, wird für Corliß-Zylinder für 10, 12, 14 und selbst 18 Zoll Durchmesser angewendet und durch dieses Verfahren der Massenfabrikation ein ungeheurer Vorschub geleistet.

Eine große Verschiedenheit in der Anschauung deutscher und amerikanischer Ingenieure besteht bezüglich der Aufnahme des Kolbengewichts in Dampfzylindern. Die ersteren gehen im Allgemeinen von dem Grundsätze aus, den Dampfkolben schwebend auf der Kolbenstange zu halten und die Kolbenstange in guten, reichlich bemessenen Stopfbüchsen, welche mit langen, entwickelten Grundringen von Bronze oder Weißmetall versehen sind, zu tragen und zu führen.

In Amerika nimmt man das Gewicht des Kolbens einfach in einem Ringstück auf, welches in den Kolben eingelegt ist und zur seitlichen Begrenzung und Sicherung des Kolbens sowie der Spannringe dient. Der Kolben kann, falls dieser Ring abgeschliffen ist, durch spezielle Stellschrauben in der senkrechten Richtung verstellt werden. Ein Durchführen der Kolbenstange nach rückwärts und eine weitere Führung derselben durch eine Stopfbüchse und einen Kreuzkopf wird bei der amerikanischen Behandlungsweise überflüssig und würde nach amerikanischen Begriffen als ein unerhörtes Zugus gelten. Als ein solcher wird auch die Bearbeitung solcher Maschinenteile angesehen, welche nicht der Natur der Sache nach als Lauf- oder Lagerflächen besonderer Bearbeitung bedürfen. Man ersetzt die letzten häufig einfach durch einen gefälligen Anstrich. Bei größeren Schwungrädern, deren Gewicht eine Zerlegung unthunlich macht, setzt man die einzelnen Armstücke in solcher Weise in die Nabe ein, daß nur die Seitenwände eine Bearbeitung erfordern, während die untere Stirnfläche roh gelassen wird. Jedes Segment des Nabels wird nur durch genau eingepasste Bolzen getragen.

Diese Konstruktion gelangte beispielsweise bei dem auf der Weltausstellung in Chicago aufgestellten Schwungrabe der Allis-Maschine zur Anwendung. Allerdings traten dabei auch die Mängel dieses Verfahrens in die Erscheinung.

Man schreitet eben in der Sucht nach Verbilligung der Maschinen bis zur äußersten Grenze. Von dem gleichen Bestreben legt die Art und Weise Zeugniß ab, mit welcher der amerikanische Maschinenbauer sich über geringere Vortheile, wie solche beispielsweise die Kompression in Dampfmaschinen bietet, hinwegsetzt, gar keine oder doch nur sehr geringe Kompression anwendet und als Ersatz dafür den mittleren Druck bei einem gegebenen Expansionsgrade so groß als möglich hält, um auf diesem Wege die größtmögliche Anzahl von Pferdeträften zu erzielen. Dabei kommt ihm der sehr geringe schädliche Raum des Corliß-Zylinders, welcher nur etwa zwei bis drei, während derjenige der in Deutschland üblichen Ventilmaschinen 5, 6 und selbst 8 Prozent beträgt und daher zu erheblichen Kompressionsgraden benöthigt, in hohem Grade zu statten.

In Deutschland konstruirt man die Fundamentbolzen meist mit sehr großen gußeisernen Unterlagsplatten, welche in

das Fundament derart eingebaut werden, daß die Unterlagplatten und Muttern von unten zugänglich sind. In den Vereinigten Staaten hingegen konstruiert man die Fundamentbolzen gewöhnlich mit aufgesplegtem unteren Ende, läßt ein Loch in dem soliden Fundamentklotz, stellt den Fundamentbolzen hinein, treibt das aufgesplegte Ende auf ein Keilstück und verschließt das Loch mit flüssigem Zement. Werden Fundamentplatten angewendet, so verzichtet man jedenfalls darauf, dieselben zugänglich zu machen und vermauert sie einfach in dem Fundamente. Abperrventile, Rohrleitungen u. dergl. werden von Spezialfabriken bezogen, anstatt, wie es in Deutschland üblich, von den Maschinenfabriken hergestellt zu werden. Was speziell Rohrleitungen anbetrifft, so werden dieselben in Amerika ungemein billig — fertig mit Flanschen, Schraubenlöchern und Verpackung vollständig zusammengepaßt, zu etwa 2 Cents das Pfund — hergestellt. Sehr beliebt sind schmiedeeiserne Rohre, welche jetzt meist aus Stahl hergestellt werden. Diese Rohre, welche einen sehr hohen Druck aushalten und überall verwendet werden können, sind mit aufgeschraubten gußeisernen Flanschen versehen, welche es ermöglichen, einerseits die Länge des Rohres den betreffenden Konstruktionen anzupassen und andererseits den Flansch mit den Schraubenlöchern so zu verbinden, daß die letzteren an andere Flanschen passen. Das Gewinde ist stets konisch. Ein eigenartiges Verfahren haben nach dem Wirttembergischen Gewerbeblatt die National Tube Works in McKeesport (Pennsylvanien), welche darin besteht, daß ein gewisser Anstrich in die Rohre eingebracht wird, wodurch dieselben gegen Rost gesichert werden.

In Bezug auf die Größe der Dampfmaschinen haben sich im nordamerikanischen Markte gewisse Normalgrößen eingebürgert, so daß die verschiedenen Durchmesser gewöhnlich auf 10, 12, 14 Zoll und aufwärts, der Hub auf 30, 36, 42 Zoll und aufwärts sich belaufen.

Der Bau der Maschinen mit Flachschieber ist, wenn möglich, noch einfacher als derjenige der Corliss-Maschinen. Die ersteren werden meist mit einfachem Schieber gebaut und die Exzentrizität und der Hub des Schiebers werden durch einen Achsenregulator verstellt. Diese Art der Maschine wird namentlich zum Betriebe von Dynamomaschinen gewählt, bei welchen sehr wechselnde Beanspruchungen vorliegen, bei kleinen Führungen ungemein große Kompressionen sich bilden und der Leerlaufwiderstand bedeutend verringert wird.

Bei gewöhnlichen Steuerungen, deren Grundschieber einen Exzenter mit konstanter Boreilung und Hub hat, ist die Kompression ebenfalls konstant. Dieser Umstand hat bei kleinen Führungen eine Schleifenbildung im Diagramm und dementsprechende Arbeitsverluste zur Folge.

In der nordamerikanischen Technik geht man von dem Grundsatz aus, welcher z. B. bei den im Lande sehr zahlreich vertretenen Westinghouse-Maschinen zur Geltung kommt, die Maschinen als solche möglichst einfach und roh, d. h. mit geringererem Anzeffekt für die konstante, reguläre Arbeit, dagegen mit höherem Anzeffekt für den Fall zu konstruieren, daß die Maschine in nur sehr geringem Maße beansprucht wird.

Bei der Konstruktion von Dampfesseln geht man in Amerika auf bedeutend höhere Beanspruchung aus, als in Deutschland. Im Allgemeinen wird fünffache Sicherheit bei einer Zerreißfähigkeit von 55 000 Pfund per Quadratzoll (natürlich unter entsprechender Berücksichtigung der Verringerung des Querschnittes durch die Nietnäht) verlangt und die Kessel werden ausschließlich aus Flußeisen oder weichen Flußstahlblechen hergestellt, während in Deutschland die Verwendung von

Flußmaterial sehr ausgeprägten, weit verbreiteten Bedenken begegnet. Die Nietlöcher werden meist gestanzt und vielfach nachgebohrt. Das Nieten geschieht auf hydraulischem Wege, das Verstemmen mittelst Luftdruckwerkzeugen. Fast jede amerikanische, gut eingerichtete Kesselschmiede besitzt, außer den üblichen hydraulischen Apparaten, einen Luftkompressor, welcher die komprimierte Luft für die Luftwerkzeuge liefert und das Stemmen in außerordentlich kurzer Zeit besorgt, auch wird die komprimierte Luft zum Betriebe von höchst einfachen pneumatischen Krähen benutzt, welche lediglich in einem fahrbaren, aufgehängten Zylinder mit Kolben bestehen und vermittelst deren die schweren Kesselplatten mit Leichtigkeit gehoben und gesenkt werden. In der Verbilligung der ohnedies sehr preiswürdigen Kesselkonstruktion — man kauft gewöhnlich Rauchrohrkessel zu 4 Dollar für eine Pferdekraft, welche eine Verdampfung von 30 Pfund Wasser bis auf 70 Pfund Dampfdruck vorstellt — geht man vielfach so weit, daß man den Dampfdom oder sog. Dampfammer, Dampftrockner über dem Kessel anbringt und die Schlammfänger einfach wegläßt. Freilich verliert der Kessel dadurch an Werth, liefert sehr nassen Dampf und ist früher ruiniert. Zudem legt man auf diese Nachtheile, da es sich zumeist nur um die ursprüngliche Auslage handelt, weniger Gewicht. In neuerer Zeit kommen mehr und mehr die Wasserrohrkessel, namentlich diejenigen der Firmen Babcock & Wilcox und Heine in St. Louis (die letztere eine Filiale der Heine'schen Kesselfabrik am Niederrhein) in Aufnahme, während Cornwall-Kessel wegen ihres hohen Preises und des großen Raumes, welchen sie beanspruchen, in Amerika sich nicht einzubürgern vermögen. Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß die Verwendung mechanischer Heizvorrichtungen, bei welchen neben möglichst automatischem Betriebe und einfachster Konstruktion, so daß nur eine geringe Ueberschuldung nötig ist und geübte Heizer gänzlich entbehrt werden können, vollständige Ausnutzung des Brennmaterials, beliebige Steigerungsfähigkeit der Heizung, geringe Reparaturbedürftigkeit und Rauchlosigkeit angestrebt werden, in Amerika eine große Ausdehnung erfahren hat.

Betreffs der Arbeitsweise der Amerikaner verdient Erwähnung, daß dieselben bestrebt sind, möglichst geschickt entworfene Formen, genau und sauber hergestellte Modelle auszuführen, um auf diese Weise die Nothwendigkeit der Bearbeitung von Gußstücken zu verringern. Man zieht vor, komplizierte Stücke zu gießen, als dieselben aus einzelnen Theilen zusammenzusetzen und verwendet überhaupt, wenn und wo immer angängig, Gußstücke, anstatt, wie dies in Deutschland der Fall ist, Schmiedestücke zu gebrauchen. Alle einzelnen Maschinenteile werden nach Lehren und Schablonen von einander unabhängig so bearbeitet, daß sie zu dem Zusammensetzen fertig sind. Auf diese Weise wird Arbeitsteilung, Arbeitsvorrath, Massenfabrikation und späterhin ein rasches und bequemes Ersetzen irgend eines abgenutzten oder sonst unbrauchbar gewordenen Theiles ermöglicht. Zu einer derartigen Behandlungsweise sind genaue Werkzeuge, welche von eigens zu diesem Zweck geschulten Werkzeugmachern in besonderen, zweckentprechend ausgestatteten Werkstätten hergestellt und repariert werden, erforderlich. Die Werkzeugmaschinen sind auf Massenfabrikation eingerichtet. An den einzelnen Arbeitsstücken werden womöglich alle Arbeiten gleichzeitig vorgenommen, möglichst viele Arbeitsstücke gleichzeitig von einer Maschine bearbeitet, möglichst viele Maschinen von einem Arbeiter bedient.

Ueber die in der Union geltenden Preise von stationären Maschinen mit automatischer Steuerung bezw. mit Drossel-

Regulator werden folgende Ausgaben gemacht. Eine stationäre Maschine mit automatischer Steuerung kostet:

Pferdekraft	12	25	45	85
Dimensionen	6x9	8x12	10x15	13x16
Umdrehung per Minute	240	210	200	200
Gewicht in Kilo	800	1242	2500	3475
Preis in Doll.	193	242	360	448

Eine stationäre Maschine mit Drossel-Regulator kostet:

Pferdekraft	35	60	100	250
Dimensionen	10x15	13x16	16x18	22x28
Umdrehung per Minute	150	150	150	120
Gewicht in Kilo	1727	2727	4772	13636
Preis in Doll.	210	298	445	1179

Wenn es die deutschen Maschinenfabriken und ihre Abnehmer für zweckmäßig erachten werden, das System der amerikanischen Maschinenproduktion nachzumachen, so werden sie es thun und dabei auf die Arbeiter so wenig Rücksicht nehmen, als ihre amerikanischen Kollegen.

**Internationales Informations-Bureau der Metallarbeiter.**

Das Protokoll des internationalen Metallarbeiterkongresses in London wird nächstens in deutscher Uebersetzung erscheinen.

Nach einer Mittheilung des Genossen Hobson in Sheffield dürfte sich der Preis des Protokolls auf 25—35 s stellen. Genau kann ich den Preis nicht angeben, da Hobson keine bestimmte Preisbemessung geliefert hat. Ich habe für Deutschland vorläufig 1000 Exemplare bestellt und füge bei, daß in England 3000 Exemplare abgesetzt wurden und die französische Ausgabe in 2000 Exemplaren hergestellt wird. Ich ersuche die Genossen, welche sich das Protokoll anschaffen wollen, mir unverzüglich mitzutheilen, wie viel Protokolle sie bedürfen bezw. in Bekanntheitstreffen abgeben können, damit ich den Bedarf genau feststellen kann.

Gleichzeitig bitte ich, mir vom Ausbruch wichtiger Lohnkämpfe, deren Anzeige beim internationalen Sekretariat gewünscht wird, unverzüglich Mittheilung zu machen.

München, den 21. November 1896.  
Martin Segis,  
Wagplatz Nr. 33.

**Verbands-Kollegen! Vergesst die Arbeitslosen Statistik nicht!**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband. Bekanntmachung.**

Hierdurch machen wir darauf aufmerksam, daß im Dezember laut Statut § 14 Abs. 2 seitens der Verwaltungen dem Vorstand zwei Vorschläge für die Gesamtkonferenzverwaltung zu machen sind und geben wir nachstehend die darauf bezüglichen Bestimmungen des Statuts bekannt.

§ 14 Abs. 2 lautet: „Die örtliche Verwaltung wird geführt von fünf Mitgliedern, die von dem Vorstand ernannt werden. Zu diesem Zweck haben die Mitglieder der örtlichen Verwaltungsstellen dem Vorstand entsprechende Personen in Vorschlag zu bringen. Die solcher Art vorzuschlagenden Ortsbeamten sind in Mitgliederveranstaltungen alljährlich im Dezember zu wählen. Der erste der Ortsbeamten überwacht und leitet die Gesamts-Ortsverwaltung (Bevollmächtigter); der zweite führt die Ortskasse und die drei übrigen haben die Kontrolle und die Revision auszuüben. Bei örtlichen Verwaltungsstellen von über 200 Mitgliedern kann die örtliche Verwaltung durch einen zweiten Bevollmächtigten und durch einen zweiten Kassier verstärkt werden.“

Die Vorschläge sind unter Angabe der Vor- und Nachnamen, der Haupt-Ort der Mitgliedsbücher der Vorgesetzten und ihrer genauen Voreisen möglichst umgehend, jedenfalls so zeitig nach hier einzusenden, daß die Herausgabe des neuen Adressenverzeichnisses in der ersten Hälfte des Monats Januar 1897 erfolgen kann.

Die Tätigkeit der neuen Ortsverwaltung beginnt mit dem 1. Januar 1897 und hat die bisherige Ortsverwaltung die Abrechnung des 4. Quartals 1896 fertigzustellen.

Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuheben:

- Nr. 6148 des Maschiners Joh. Dessendörfer, geb. zu Nürnberg am 18. Okt. 1873.
- 15360 des Formers Heinrich Weiß, geb. zu Battenberg am 17. Aug. 1860.

- 50791 des Maschiners Carl Westhüller, geb. zu Nürnberg am 26. Juni 1877.
- 53508 des Drehers Carl Nießche, geb. zu Regau am 3. April 1863.
- 83571 des Drehers Heinrich Leh, geb. zu Buschweiler am 13. Juli 1858.
- 112266 des Goldschmieds Reinhard Kaufmann, geb. zu Oberstein am 28. Febr. 1874.
- 116435 des Drehers Carl Schwimmer, geb. zu Mülhausen i. Elz. am 9. Febr. 1871.
- 149487 des Heizers Josef Krall, geb. zu Soest am 7. Mai 1861.

Ausgeschlossen wird nach § 3 Abs. 7a des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Herford wegen Veruntreuung von Verbandsgeldern: der Klempner Richard Urban, geb. zu Zappot am 21. März 1870.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

**Theodor Werner, Stuttgart, Neckarstraße 160,1,**

zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß  
Der Vorstand.

**Korrespondenzen.**

**Klempner.**

**Braunschweig.** Am 10. November hielt die Sektion der Klempner ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Kollege Hollstein gab bekannt, daß er sich mit der Sektion der Schlosser in Verbindung gesetzt habe und diese wünsche, daß die öffentliche Versammlung am Sonntag abgehalten werde. Leider steht dem Referenten kein anderer Tag als der Montag zur Verfügung und es wurde beschlossen, die Agitationskommission solle die Versammlung einberufen. Kollege Schöding gab dann einen Bericht des Arbeitsnachweises vom Monat Oktober. Zugereist kam keiner, was seit 2 Jahren das erste Mal der Fall ist. 11 Meister verlangten Gesellen, doch konnten nur zwei befreitigt werden und zwar einer aus Orte und einer in Goslar. Von den übrigen sind acht nach Auswärts verlangt worden. Zu „Werkstättenangelegenheit“ berichtete ein Kollege, daß in der Werkstatt von Götte eine Ventilation angebracht ist, was mit Freuden begrüßt wird. Einen Gegenstoß hierzu bildet die Firma G. S. Kleuler. Fängt bei diesem Mann ein Klempner an, so hält er ihm erst eine große Rede, bemerkt unter Anderem, daß er in seinem Hause Polizei ist, nach anderen Werkstätten richtet er sich nicht. Zum Schluß kommt der gute Mann noch damit heraus, daß der Geselle auch noch Werkzeug mitbringen soll, denn „bei ihm wird nur seine Arbeit gemacht“. Am Besten wäre es, der Geselle würde das Material auch noch mitbringen. In der Werkstatt selbst wird jedoch größtentheils Schwarzblecharbeit gemacht. Dazu kommt noch, daß der Geselle die neuen Patent-Oesen, mit Besen und Schornsteinfegerwerkzeug ausgerüstet, reinigt, ausmauert und aufstellen muß. Dieses ist die „feine Arbeit“, die hier geleistet wird. Die Arbeitgeber treibt hier auch kräftige Mäthen. Ein gewisser M. stellt die jüngeren Kollegen in ein schlechtes Licht, auch sucht er sich möglichst die beste Arbeit heraus und gerade diejenige, die außerhalb der Werkstatt gemacht werden muß, denn da bekommt er ja 5 s die Stunde mehr. Damit nun der Herr Kleuler immer Gesellen hat, so sieht er erst zu, ob er nicht erst einen einstellen kann, bevor er einen andern hinausjagt. Solche Zustände dürften unter keinen Umständen vorhanden sein. Aber leider sind die Kollegen zur Organisation nur schwer herbeizuführen. Sie gehen lieber in irgend einen Kurrauberer, ehe sie hier ein paar Pfennige zum Opfer bringen und ihre Lage verbessern helfen. Kollegen! Laßt allen Hader und Streit, tretet ein in die Organisation, denn vereint sind wir eine Macht. Nur durch Einigkeit können wir zum Ziele gelangen.

**Metall-Arbeiter.**

**Altenburg.** Auf unseren Artikel in Nr. 43 der „D. M.-Z.“, die Firma Hennig u. Bourdeau in Müchelnberndorf betreffend, sehen sich fünf Arbeiter genannter Firma veranlaßt, in Nr. 46 eine „Berichtigung“ von Stapel zu lassen, in welcher gesagt wird, daß sie (die Arbeiter) schon lange da arbeiten, ansündig behandelt werden, nicht glauben, was Herr Hennig zu dem in Frage kommenden Arbeiter M. . . . . gesagt hat und daß M. . . . . unfähig gewesen wäre, eine ihm übertragene leichte Arbeit auszuführen. — Wenn wir nun sehr wohl wissen, von wem derartige „Berichtigungen“ ausgehen und wir auch ferner wissen,

daß die Arbeiter nur des Brodes und der Arbeit wegen gezwungen sind, solche „Verpflichtungen“ zu schreiben, so sehen wir uns doch den auswärtigen Kollegen gegenüber verpflichtet, uns mit dieser Firma noch einmal zu beschäftigen, um nicht den Glauben zu erwecken, daß wir diese Firma unbedingter Weise der Öffentlichkeit preis gegeben haben. Wenn in der „Berichtigung“ gesagt wird, daß sich die Arbeiter bei der Firma wohl befinden, so kann das ihnen Niemand verargen, ob aber eine 11 1/2 stündige Arbeitszeit und Stundenlöhne von 17, 19, 20—24 s dazu angethan sind, das Wohlbestehen der Arbeiter zu befähigen, dieses zu beurteilen, überlassen wir den Lesern. Wenn dann weiter die fünf Arbeiter betreffs der Lohnhöhe, die Herr Hennig dem W. . . . versprochen hat, nichts glauben, so will uns dieses, in Betracht der bereits angeführten Stundenlöhne, schon einleuchten, sie werden aber ebenso nicht glauben, daß der Arbeiter W. . . . seine hiesige Arbeitsstelle — bei 10 stündiger Arbeitszeit und 24 s Lohn — aufgibt, um bei den angeführten Löhnen in Arbeit zu treten, wenn Herr Hennig dem W. . . . nicht erst die süßesten Versprechungen gemacht hätte, obwohl der Arbeiter dem Herrn Hennig brieflich und auch mündlich erklärt hat, daß er auf Nähmaschinen arbeite und auf die — bei genannter Firma herzustellenden — Maschinen noch nicht gearbeitet habe. Was die „Unfähigkeit“ des W. . . . nach der „Berichtigung“ betrifft, so nimmt es sich doch sehr komisch an, daß Herr Hennig trotzdem dem W. . . . einen Lohn geben will, der höher ist, als der der schon lange bei der Firma in Arbeit stehenden Arbeiter. Von weiteren Ausführungen wollen wir heute absehen und nur noch bemerken, daß der Arbeiter W. . . . bereits den Klageweg gegen genannte Firma beschritten und wir später Gelegenheit haben werden, uns noch einmal mit ihr zu beschäftigen.

**Altona.** D. M.-V. Versammlung am 16. November. Zum 1. Punkt: Die Folgen der Ueberzeitarbeit, referierte Gen. Jaffe. Derselbe führte an, daß die Ueberzeitarbeit gleichbedeutend ist mit der Verlängerung der Arbeitszeit, und daß es unsere heiligste Pflicht sei, dem entgegenzutreten, denn man untergräbt sich dadurch die Gesundheit und ist sehr bald nicht mehr in der Lage, das Nötige zum Unterhalt der Familie zu verdienen. Man wird eben dadurch selbst zum Lohnbrüder, daß man Ueberzeit arbeitet; es werden weniger Arbeiter beschäftigt und die Reservearmee vermehrt sich. Der Referent forderte die Anwesenden auf, dafür zu sorgen, daß der Verband eine Macht werde. 12 Kollegen wurden in's Sekretariat zum Wintervergnügen, das am 6. Februar stattfindet, gewählt. Es wurde beschlossen, die nächste Mitgliederversammlung anzustellen zu lassen, denn es wird eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung stattfinden, in welcher Genosse Hochland aus Berlin referieren wird über das Thema: „Wie können die Metallarbeiter den gegenwärtigen Geschäftsgang ausnützen?“ Ferner wurde beschlossen, Sammelkassen anzugeben, nur eventuell arbeitlosen Kollegen zu Weihnachten eine Unterstützung zukommen zu lassen. Ein weiterer Antrag, eine Hausagitation vorzunehmen, wurde mit Freuden begrüßt, und um die Vorarbeiten vorzunehmen, wählten sich drei Kollegen freiwillig.

**Apolda.** Die letzte Mitgliederversammlung war, wie gewöhnlich, schwach besucht, trotz Einladung durch Zirkular und eigenhändiger Unterschrift der Kollegen, die Versammlung zu besuchen. Geht es den Kollegen und Metallarbeitern so ausgezeichnet gut, daß sie von einer Organisation keine Vorteile mehr zu erwarten hoffen, trotzdem hier am Orte genügend Fälle vorgekommen sind, wo der D. M.-V. in beträchtlicher Höhe in Anspruch genommen wurde? Infolge dessen können die hiesigen Verhältnisse nicht so ruhig sein, wie es den Anschein hat. Bei einem wöchentlichen Durchschnittsverdienst von 11 bis 15 s hätte doch jeder Arbeiter genügend Ursache, eine Verbesserung seiner Lage anzustreben. Daß das nur durch eine starke Organisation erreicht werden kann, muß jeder nur halbwegs einfaßtsvolle Mensch zugeben. Oder sollte es an der Ortsverwaltung liegen? Dann kommt in die Versammlung und bringt eure Meinung zum Ausdruck, dann wird nicht hinterherum, was keinen Zweck hat. Kollege Leter hat gewiß genug erzählt und ist aufgepasst, daß genügendes Verständnis bei allen hiesigen Verbandkollegen sein sollte. Sollte daher ein jeder Kollege, das es fünfzig kräftiger wird. — Hebrizius wollen wir noch bemerken, daß der Beisitzer zum Gewerbeamt schon seit langer Zeit angefordert worden ist, Bericht über seine Tätigkeit zu erstatten, was aber bis jetzt noch nicht geschehen ist; wir hoffen, daß dies in nächster Zeit geschieht, da in aller Eile die Wahl stattfindet.

**Brandenburg.** Am 31. Oktober wurde in der Fahrradfabrik von Siepe & Breesch den Schleißen und Schloßern verkündet, daß

von jetzt ab in Kolonnen gearbeitet werden sollte. Das Geld, das in der Kolonne verdient würde, sollte so verteilt werden, daß der Wochenslohn des Kolonnenführers dabei herauskäme. Als nun die Schleißer darüber bei dem Fabrikanten vorstellig wurden, wurde ihnen gesagt, daß es höchstens 20 s pro Mann ausmachen würde, welche der Kolonnenführer für seine Arbeit erhalten sollte. Als nun der nächste Lohntag herankam, wurden zum größten Erstaunen der Beteiligten Abzüge von 1,50, 3, 5 bis 10 gemacht. Darauf wurden die Schleißer und Schlosser nochmals vorstellig und erhielten die Antwort, daß die Abzüge unter der Bedingung wieder herausgezahlt würden, wenn Jeder damit einverstanden wäre, daß ihm von jetzt ab jede Woche pro Mann 1 s für den Kolonnenführer abgezogen würde. Also aus 20 s war es auf einmal 19 s geworden. Da sich nun die davon Betroffenen weigerten, sich den Abzug gefallen zu lassen (mögen doch die Herren, wenn sie das Kolonnensystem einführen, auch die Kosten dafür tragen), wurde ihnen nach nochmaliger Unterhandlung erklärt, daß es dabei bleibe. Darauf legten dieselben die Arbeit nieder und schlossen sich dem die Dreher und meisten Lohnarbeiter an. Auch der Vorsitzende der Hirsch-Dunkerianer erklärte sich solidarisch und wollte mit aufhören, aber selbstverständlich hat er sein Wort nicht gehalten. Trotz aller Anstrengungen der Firma ist es derselben bis jetzt noch nicht gelungen, Schleißer, Schlosser und Dreher zu bekommen, und bitten wir alle Kollegen, den Zug nach hier fern zu halten.

**Bodenhelm.** Bereits seit Monaten bestehen hier in der Fabrik von Gebr. Pintsch (Hauptgeschäft in Berlin) Differenzen zwischen der Arbeiterkassette und der Fabrikleitung. Es treten hier große Mißstände zu Tage, namentlich der Betriebs-Ingenieur leistet Außerordentliches in Behandlung der Arbeiter. Ein Beispiel möge genügen: Als ein Arbeiter eine Schutzvorrichtung an seiner Drehbank anbringen wollte, schenkte ihn dieser Herr an: Ich schmeiße Sie heraus u. s. w. Als sich hierauf der Arbeiter weigerte, nannte er ihn einen „Flegel“. Schreiber dieses machte den Arbeitern der Pintsch'schen Fabrik den Vorschlag, zusammenzutreten und diesem Herrn zu Weihnachten das Buch: „Nüchternes Umgang mit Menschen“ zu schenken. Der Herr Ingenieur ist auch der Verdienst empfindend, es bestehen Löhne und Affordypreise, die mit den hier sehr höheren Lebensverhältnissen nicht in Einklang zu bringen sind. Löhne von 40 s pro Stunde sind eine Seltenheit, im Allgemeinen schwankt der Lohn zwischen 30—35 s. Ein Werkzeugschmied, der bereits 10 Jahre im Geschäft thätig ist, bekommt ganze 12 s pro Stunde. Dieser meinte bei einer Besprechung mit der Fabrikleitung, daß andere „grüne Jungen“ von Arbeitern im Afford teilweise mehr verdienen wie er. Dafür einzutreten, daß er mehr verdiene, schützte ihn jedenfalls der Mutz. Ein Anderer, der ganze 24 s Lohn pro Woche erhält und sich einbildet, Werkzeugschmied zu sein, äußerte sich sogar, daß er einen Unterschied zwischen Afford- und Lohnarbeit nicht kenne; ein jeder Arbeiter sei verpflichtet, für das Geschäft stets seine volle Kraft einzusetzen. In einer Werkzeugschmied-Versammlung wurde vor einigen Wochen eine Kommission gewählt, diese sollte mit der Fabrikleitung Rücksprache nehmen, um bessere Verhältnisse herbeizuführen. Dieselbe wurde aber abgewiesen mit der Weisung, es sollte benachbart ein Arbeiterausschuß gewählt werden, bestehend aus 11 Mann. Aber eingepreßt, unter welchen Bedingungen: erstens dürfen nur solche gewählt werden, die über 2 Jahre in der Fabrik beschäftigt sind, und zweitens darf jeder Arbeiter nur einen Namen auf seinen Zettel schreiben. Wenn man beachtet, daß von den 30 Arbeitern, die die Fabrik beschäftigt, ganze 40 Mann über 2 Jahre dort thätig sind, so muß man sich wundern über die Schamlosigkeit der Fabrikleitung, mit der sie unliebame Elemente aus dem Ausschusse fernzuhalten sucht. Daß hierauf die Mehrzahl der Arbeiter nicht einging, ist wohl selbstverständlich. Ein Arbeiter, der den Mutz hatte, bei Herrn in's Gewissen zu reden und ihnen klaren Wein einzuschütten, wurde einfach gemahregelt und aus's Hofplatze getrieben. Leider besteht hier ein großes Schmarotcherheer. Diese Gimpfanten danken durch Verrat an ihren kampfkräftigen Kollegen sich bei ihren Herrn und Meistern in ein günstiges Licht zu stellen, sehen aber nicht ein, wie sie sich durch ihr Verhalten in ihr eigenes Fleiß schneiden. Wir werden uns wohl noch öfters mit der Fabrik beschäftigen, wenn die Zustände hier nicht bessern. Diese werden sich aber nicht bessern, bevor die Arbeiter nicht kräftiger heben, daß sie sich zusammenschließen müssen, um einen für Mann gegen die unerbittliche Behandlung Herr zu machen. Deshalb rufen wir den Metallarbeitern Bodenhelms zu: Organisiert Euch, tretet ein in den Metallarbeiter-Verband, denn vereinter Kraft gelingt, was Einzler nicht zu Stande bringt.

**Chemnitz.** In der am 7. November stattgefundenen öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung sprach Gen. Eichhorn-Dresden über die nächsten Aufgaben der Gewerkschaftler. Nach einer kurzen Einleitung aus dem kommunistischen Manifest gab der Referent eine Darstellung der Macht des Unternehmertums. Diese müsse sich der Arbeiter zum Vorbild nehmen. Weiter kommt dann auf die Vorschläge von Hoffmann-Berlin, Dr. Duard und Barbus zur Forderung der Gewerkschaftsbewegung zu sprechen und erklärt dieselben für nicht richtig; er meint, die Gewerkschaften müßten sich von selbst, von unten heraus aufbauen und schlägt er dazu die Ernennung von Werkstattdelegierten in jedem Orte vor. Dieselben hätten alle Mißstände an eine Zentralstelle zu übermitteln, welche letztere sie dann der öffentlichen Kritik übergibt. Auch empfahl der Referent eventuelle Beitragserhöhung und Abteilerkämpfe an der Generalkommission und am Gewerkschaftskongress. Auch die Metallarbeiter-Zeitung müsse anders gestaltet werden. In der Diskussion wies Fugmann und Krause darauf hin, daß wir die Einrichtung der Werkstattdelegierten in Form der Besatzungskommission haben, während Niemand die Angriffe auf die „Metallarbeiter-Zeitung“ energisch zurückwies. Eine aus der Versammlung eingebrachte Resolution, sich mit den prinzipiellen Ausführungen des Referenten einverstanden zu erklären, wurde angenommen.

**Flensburg.** Auf besonderen Wunsch bringen wir nachstehend den Wortlaut des Friedensschlusses zwischen dem Vorstande der Flensburger Schiffswerft und den Arbeitervertretern, da in unserer Nr. 45 die Beschlüsse nur im Auszuge wiedergegeben waren. Das Abkommen lautet: 1) Den im Auslande befindlichen Arbeitern, welche bis 27 s inkl. Lohn pro Stunde beziehen, wird, sobald sie ein Jahr inkl. Auslandszeit gearbeitet haben, 2 s Lohnzulage gewährt. 2) Allen ausländischen Arbeitern in Lohnsage von 28 s und darüber pro Stunde wird 1 s unter gleichen Zeitbedingungen wie oben zugelegt. 3) Neue-tretende Arbeiter werden, wenn sie mit einem Stundenlohn von unter 28 s eingestellt werden und ein Jahr zur Zugehörigkeit gearbeitet haben, in der Regel um 2 s im Lohn erhöht. 4) Zur Regelung vorkommender Angelegenheiten werden von jeder Werkstatt jährlich drei Personen vorgeschlagen, von denen eine von der Direktion als Vertrauensmann angenommen wird. Zur Entgegennahme solcher Anträge wird der Montag bestimmt. 5) Ueberstunden werden mit einem Lohnzuschlag von einem Drittel bezahlt, sofern volle Wochenarbeit geleistet worden ist. Eine Kürzung in dieser Beziehung findet nicht statt: a) wenn Witterungs- oder Betriebsverhältnisse der Werkstatt eine volle Wochenleistung unmöglich gemacht haben; b) bei Krankheiten der Arbeiter; c) wenn bei zeitweiliger Unterbrechung der Arbeit die Einwilligung der Meister erteilt wird. 6) Alle Arbeiter werden zum alten Lohnsatz und obigen Zuschlägen so viel wie möglich an ihre alten Plätze wieder eingestellt, sofern sie sich bis Donnerstag, den 29. Oktober ex., Mittags, melden und innerhalb 14 Tagen antreten. 7) Ansprüche auf Minderhaltung der während der Arbeitsunterbrechung an die Leute gezahlten Unterstützungsgelder werden nicht erhoben. 8) Es findet von Seiten der Werkstdirektion keinerlei Maßregelung in Bezug auf den Auslandsfall, wegen der Auslandszeit aufzuerhalten, daß Belästigungen der während des Streiks eingetretenen Leute vermieden werden sollen. 9) Die an den angefangenen Afforden erzielten Ueberträge gelangen bei Beendigung derselben in der früheren Weise zur Auszahlung. Flensburg, den 24. Oktober 1896. Flensburger Schiffbau-Gesellschaft, gez. Carl S. Andreassen, gez. Th. Wredsdorff, gez. Bauer, gez. Keesen, gez. O. Köhls. — Wenn die Erfolge materiell nicht so große sind, wie sie verlangt wurden, so haben wir dafür vollen Ersatz erhalten, dies ist die Einigkeit der Arbeiter unter sich, und dieses haben wir den Herren der Werkstdirektion zu danken. Alle anwesenden Kollegen mögen sich dies zu Herzen nehmen. Nur durch Einigkeit und Organisation können Erfolge für die Arbeiter erzielt werden. Gleichgültig quittieren wir über 9 s von den vorherigen Kollegen. — Alle Inhaber von Sammelkassen der Flensburger Werkstdirektion wollen diese so bald als möglich an O. Wiprad, Nordstr. 40, einreichen.

**Frankfurt a. M.** Die Allgemeine Bewältigung hielt am 31. Oktober eine Mitglieder-Versammlung ab. Nach Mitteilung des Aussusses des Flensburger Werkstdirektors wird mitgeteilt, daß die hiesige Hofmöbelfabrik von Schneider & Hanau ihren Arbeitern einen Streik in Folge Aufregung eines Kollegen aufgezwungen habe und es Pflicht sei, denselben zu unterstützen. Hieran erklärte Kollege Kohnland Bericht über die Vorgänge in der hiesigen Fahrradwerkstatt. Vor einiger Zeit erschien bekanntlich ein Artikel, in welchem die Zustände dieser Werkstatt kritisiert wurden. Doch

die Firma Meyer schickte den Artikel tot und sahen sich die Arbeiter genötigt, auf andere Weise zu versuchen, Abhilfe zu schaffen. Sie beriefen eine Werkstattversammlung ein, welche gut besucht war. Man stellte folgende Forderungen: 1) Verkürzung der Inventur (da die Arbeiter nicht in der Lage sind, den Ausfall des Lohnes einer ganzen Woche zu verschmerzen); 2) Zulassung eines Arbeiterausschusses; 3) Verbleib der Strafgelehrer; 4) Regelung des Affordsystems. Die Ortsverwaltung des D. M.-V. wurde beauftragt, obengenannte Forderungen der Firma zu unterbreiten, um dieselben zu berücksichtigen. Die Ortsverwaltung erhielt die Antwort, daß sie (die Firma) mit fremden Leuten nicht verhandeln wolle, wohl aber die Wünsche ihrer Arbeiter berücksichtigen. Nun wurden am Samstag darauf 3 resp. 4 Verbandsmitgliedern entlassen mit der Motivierung, man könne Leute, die aus dem Geschäft plauderten, nicht brauchen. Das ist allerdings die vollste Berücksichtigung, die Meyer den Wünschen seiner „lieben Mitarbeiter“, wie er zu sagen pflegt, angebeihen läßt. Erwähnenswert ist noch, daß die Kollegen schwarz geschriebene Zeugnisse erhielten, die aber roh unterschrieben waren. Was dies zu bedeuten hat, ist wohl dem Dämmsten klar und ist es verwunderlich, daß man glaubt, unsere Kollegen würden sich das bieten lassen. Als der Direktor Montags wegen seines Verhaltens zur Rede gestellt wurde, gebrachte er die fabelhafte Ausrede: er hätte das Tintenfaß verwechselt und sollten sich die Kollegen ein beliebiges Tintenfaß aussuchen. Selbstverständlich ließen sich die Kollegen das nicht gefallen und fand nun eine zweite öffentliche Werkstattversammlung statt, welche außerordentlich gut besucht war. Der Bevollmächtigte Zeitung erstattete Bericht über die Antwort der Firma, welche sich, wie oben erwähnt, die Einmischung fremder Personen verbietet. Die Meyer'schen Arbeiter sollten die Antwort nicht schuldig bleiben und Mann für Mann in den D. M.-V. eintreten, die übrigen organisierten Kollegen Deutschlands würden ihnen die Hand reichen, um dem Ueber-Fabrik-Röhrig bessere Zustände abzurufen. Auch zeigte sich in dieser Versammlung, wie tief das Schmarotcherthum bei Meyer eingedrungen ist, da einige Schmarotcher da waren, die sich, von ihren Mitarbeitern zur Rede gestellt, nicht schämten, dies einzugehen. Einer dieser noblen Herren hatte einen Zettel dabei, worauf er den Verbleib der Strafgelehrernachzuweisen versuchte, „leider“ wollte ihm dies Niemand glauben, da er weiter eine Kontrolle noch sonst was angab, sodaß er nur zum riesigen Gelächter der Versammlung ward. Man nahm eine Resolution an, daß fremde Arbeiter erjucht werden, die Fabrik so lange zu meiden, bis andere Zustände vorhanden wären.

**Hamburg.** Öffentliche Metallarbeiter-Versammlung am 11. November im Lokale des Herrn Järs, Bei dem Strohhause. Zunächst hielt Genosse Fischer einen lehrreichen Vortrag über Streikrecht, wofür ihm reichlicher Beifall zu Theil wurde. Dann erörterte Börner, daß es notwendig sei, für Hammerbrook, Notzenburgort, St. Georg und Ullensbüchel eine Filiale zu gründen. Mehrere Kollegen, die sich an der Diskussion beteiligten, sprachen sich lebhaft dafür aus, daß eine Filiale gegründet werde. Für diese Vororte wurde dann eine Filiale des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gegründet und ein provisorischer Vorstand gewählt, und zwar Post als Bevollmächtigter, Selbach zum Kassier, Bodendiek, Krüpfel und Hänsel zu Revisoren, die die Vorarbeiten zu besorgen haben. Börner richtete noch einige kräftige Worte an die Versammlung, worauf Schluß erfolgte.

**Ziegenh.** Am 17. Oktober er. hielt die Zahlstelle Ziegenh. in ihrem Versammlungslokal eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung ab, in welcher Genosse Faber aus Berlin einen sehr interessanten Vortrag über den für den Arbeiter sehr wichtigen § 152 der R.-G.-O. machte. Es war diese Versammlung, zu welcher die Mitglieder noch extra aufgefordert waren, schon deshalb von großer Wichtigkeit, da wir in letzter Zeit mehrere Mitglieder streichen mußten, weil diese gar keine Beiträge entrichteten. Durch den Vortrag ist auch die Haltung einzelner Mitglieder zur Sache etwas besser geworden und wir hatten auch mehrere Annahmen von neuen Mitgliedern zu verzeichnen. — Es kam auch die Saalfrage zur Sprache, wobei erwähnt wurde, wie die hiesige Polizei bemüht ist, uns die Säle abzutreiben, sobald wir eine größere Versammlung abzuhalten gedenken. Von Gewerkschaftstaktik ist deshalb über das Lokal „Kronprinz von Preußen“ der Hofloft verhängt worden, da die Arbeiter bei Saalnachfragen schon mehrere Male abgewiesen worden sind. Für den Vortrag erntete Genosse Faber von der ziemlich gut besuchten Versammlung reichlichen Beifall. Auch wurde der Wunsch rege, sobald der Referent auf einer Agitationstour durch die Provinz unsere Zahlstelle Ziegenh. berührt, wieder einmal bei uns zu sprechen, damit uns die

Hirsch-Dunker'schen Harmoniedruckler unter den Metallarbeitern nicht so viel Abbruch machen. — Das nächste Mal werden wir etwas über hiesige Fabrikzustände mittheilen.

**Zübeck.** In einer am 18. November in der Tonhalle hier stattgefundenen recht zahlreich besuchten Versammlung war Genosse Leisinger-Hamburg als Referent erschienen, um über das Thema: „Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und ihre Hebung durch die Organisation“ zu sprechen. Nicht beifällig wurden die Ausführungen des Redners von den Zuhörern aufgenommen. Im „Verschiedenen“ kam dann noch der Streik bei Thiel u. Söhne zur Sprache und wurde klar gelegt, daß ebenso wie das Smalwerk vom Streik betroffen sei, es auch mit der Alexanderwerkstatt sein müsse. Um gewissen Skandalitäten aus dem Wege zu gehen, um auf Umwegen Klempner für diese Werkstatt, bei der Thiel u. Söhne ebenfalls Theilhaber sind, heranzuziehen, soll nämlich auf der früheren Schmitzfabrik von Mesner u. Pape eine Klempnerwerkstatt eingerichtet werden. Nach geflogener Debatte wurde einstimmig beschlossen: „Sobald seitens Dräger's Versuche gemacht würden, auf diesem Umwege Klempner für die Werkstatt Dräger u. Thiel zu erhalten, die Sperre auch über die genannte Werkstatt zu verhängen, und zwar so lange als der Streik bei Thiel u. Söhne dauert.“ — Die übrigen noch erörterten Sachen waren interner Natur.

**Mühlheim a. Rh.** In der letzten Versammlung der hiesigen Filiale des Metallarbeiter-Verbandes hielt Redakteur Hofrichter-Röhm einen beifällig aufgenommenen Vortrag über die Innungsvorlage. Nachdem Redner einen geschichtlichen Ueberblick über die Entstehung, die Blüthe und den Verfall des Handwerks und der zu Grunde liegenden Ursachen gegeben, wendet er sich der Vorlage zu, diese sowie das Gefahren unserer heutigen Innungsschwärmer einer scharfen Kritik unterziehend. Zahlreiche Handwerker sind heute schon vom Großbetrieb völlig aufgelesen. Durch gesetzliche Maßnahmen kann das Handwerk, dem durch den Großbetrieb der Boden unter den Füßen entzogen ist, nicht gerettet werden. Es müßte dann jeder Ort mit einer chinesischen Mauer umgeben werden. Darüber sind sich auch wohl die Herren am grünen Tisch klar. Sie wollen dem Handwerker nur zeigen, es werde etwas für ihn gethan, um ihn zufrieden zu erhalten. Man will ihn als Bollwerk gegen die Arbeiter nicht gern entbehren. Der erste Entwurf einer Zwangsinnung erschien 1893. Er sagte jedoch den Innungsmeistern nicht zu. Der zweite Entwurf 1895 wurde im Reichstag in einer Kommission beraten. Der jetzt erschienene Entwurf erhebt die Qualität durch die Quantität. Er umfaßt sechs Druckseiten des „Reichsanzeigers“. Auch ist diesem Entwurf noch eine Begründung beigegeben, die interessant ist, nicht etwa durch das, was sie sagt, sondern durch das, was sie nicht sagt. Von den Erfahrungen, welche man in Oesterreich mit der Zwangsinnung machte, ist, trotzdem eine eigene Kommission zum Studium derselben nach Oesterreich geschickt wurde, kein Wort erwähnt. Redner geht nun des Näheren auf die Vorlage und besonders auf die Bestimmungen über das Verhältnißwesen und die für die Gesellen erwachsenden Nachteile ein. Für Verhütung ist in der Vorlage nicht einmal dem Schutz gegen Ausbeutung Rechnung getragen. Mindestens müßte man für die Lehrlinge den Schutz verlangen, welcher den jugendlichen Arbeitern in der Gewerbeordnung gewährt ist. Statt dessen erlaubt die Vorlage, wenn der Lehrling im Hause des Meisters wohnt und schläft, seine Veranlassung zu häuslichen Arbeiten. Das bedeutet aber die Verlängerung der Arbeitszeit des Lehrlings in's Unerbittliche. Den Innungsschwärmern geht freilich dies Alles noch nicht weit genug, wie Redner nachweist. Sie wünschen das unbeschränkte Zuchtungsrecht und die polizeiliche Zurückführung weggelaufener Lehrlinge. Durch die Vorlage kann das Handwerk nicht gerettet werden. Sie bringt aber den Gesellen und Lehrlingen eine ganze Reihe nicht zu unterschätzender Nachteile, z. B. bezüglich des Gewerbesteuer, der Krankenkassen, des Arbeitsnachweises usw. Sache der Arbeiter ist es, sich energisch dagegen zu wehren, dies kann aber nur erfolgreich geschehen, wenn die Arbeiter Mann für Mann sich den Gewerkschaften anschließen und sich auch dem politischen Bestreben mehr als bisher widmen. Wir fordern deshalb die Metallarbeiter, ganz besonders aber die Mitglieder des Verbandes auf, die Vereinsitzungen zahlreicher als bisher zu besuchen. Selbstige finden jeden Montag Abends halb 9 Uhr bei Herrn Golze, Damstr. 9, statt.

**Meißen.** Hier fand am 7. November eine öffentliche Versammlung aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter statt mit der Tagesordnung: 1. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unseren Fabriken und Werkstätten. 2. Haben die Metallarbeiterinnen Ursache, sich dem D. M. V. anzuschließen?

Zum 1. Punkt referirte Kollege W. Meißner-Dresden. Derselbe führte aus, daß die meisten Arbeiter sich ihrer Lage noch nicht voll bewußt sind. Um die Arbeiter am Orte nun über ihre Lage aufzuklären, habe man eine Erhebung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse angebahnt und sein Referat sei ein Ergebnis derselben. In Meißen sind 11 Fabriken nebst einigen Kleinwerkstätten in der Metallbranche vorhanden. Beschäftigt werden gegen 800 männliche und 170 weibliche Personen. Die Arbeitszeit ist durchschnittlich 11 Stunden. Der Durchschnittslohn beträgt bei den männlichen Arbeitern 17 M., bei den weiblichen Arbeitern 7-8 M. Bei den Kleinwerkstätten ist die Lage der Gesellen am traurigsten. Eine Arbeitszeit von Früh 5 Uhr bis Abends 7 Uhr ist nicht selten, während Wohnung und Kost zu wünschenswerth übrig läßt. Referent ging sodann zu der Nähmaschinenfabrik von Holsch u. Lode über. Die Fabrik beschäftigt 300 Arbeiter, 200 gelernte und 100 ungelernete nebst 10 Lehrlingen. Alle Arbeiten werden in Alford gemacht. Der Verdienst schwankt zwischen 10 bis 50 M. in 14 Tagen. Die Behandlung ist keine gute. Redner unterzieht die Arbeitsordnung einer scharfen Kritik und gibt seiner Verwunderung Ausdruck, wie eine derartige Arbeitsordnung von der Behörde konnte genehmigt werden. Des Weiteren kam die Maschinenfabrik und Eisengießerei von vorm. Jacobi an die Reihe. In dieser Fabrik werden Löhne von 20 und 23 M. gezahlt. Ueberstunden und Nachtarbeit sind an der Tagesordnung. Unglücksfälle kommen häufig vor, so 5 Verunglückungen in 2 1/2 Tagen. Auch beschwerten sich die Arbeiter, daß der sogenannte Speisesaal zu ärztlichen Untersuchungen, zum Verbinden von Verunglückten, auch sogar zum Unterbringen von Leichen benützt wird. Nachdem Redner noch mehrere Fabriken, in denen Uebelstände vorgehanden sind, kritisiert, wies er in seiner Schlussfolgerung darauf hin, daß nur eine strenge Organisation in der Lage sei, Abhilfe zu schaffen und forderte er zum Beitritt in den Verband auf. In der Debatte ergriff zunächst ein Herr Frenzel das Wort und bemerkte, daß es bei der Firma Bischoff u. Lode lange nicht so schlimm sei, als der Referent es gemacht habe und die Arbeitsordnung nicht so gehandhabt würde, als wie sie auf dem Papier stünde. Die folgenden Redner fertigten diesen Herrn, welcher Zwischenmeister bei der Firma ist, indem sie das Gegenteil bewiesen, derartig ab, daß sich derselbe schimpfend entfernte. Auch sprachen sich die Kollegen, die sich an der Debatte beteiligten, dahin aus, daß die vom Referenten vorgebrachten Uebelstände noch gar nicht kraß genug geschildert seien. Den 2. Punkt hatte Fräulein W. Hoppe-Dresden übernommen und entlegte dieselbe sich ihrer Aufgabe zur allgemeinen Zufriedenheit.

**Forstheim.** Am 31. Oktober hielt die hiesige Verwaltungsstelle in der Reichstadt Bröhlingen in der „Germania“ eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung ab. Die Tagesordnung lautete: 1. Vortrag über Zweck und Nutzen der Organisation. 2. Die zur Zeit herrschenden Zustände in der Fabrik von Gebrüder Wenkiser. Anwesend waren ca. 200 Personen. Kollege Weismann aus Stuttgart referirte zum 1. Punkt. Derselbe entlegte sich seiner Aufgabe mit Geschick und legte in klaren und verständlichen Worten den Zweck und Nutzen der Organisation dar. Hieraus wurden zwei Artikel aus der „Metallarbeiter-Zeitung“, welche auf die Firma Gebr. Wenkiser Bezug haben, verlesen. Kollege Weismann kritisierte scharf die Handlungsweise des Gießereimeisters Stein und stellte ihn in sehr drastischer Weise dar. Auch der Herr Direktor Bischoff wurde gehörig in's Licht gestellt. Im Allgemeinen wurden die Zustände, die z. B. in der Fabrik herrschen, scharf verurtheilt, alle Redner sprachen sich für die Hammerarbeiter aus. Von den Gegnern waren drei anwesend und zwar in Gestalt von Buchholdern, welche sich zur Aufgabe machten, die Ausführungen der Redner zu notiren, um sie dem Herrn Bischoff recht frühzeitig hinterbringen zu können. Die Direktion und die Herren Meister hatten es nicht für notwendig erachtet, trotz Einladung, in der Versammlung zu erscheinen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „In Erwägung, daß die Zustände bei der Firma Gebr. Wenkiser wahrlich traurige zu nennen sind und die leitenden Personen oben genannter Firma sich keineswegs verpflichtet fühlen, die vorgebrachten Mängel abuschaffen, verpflichtet sich die heutige Versammlung, die bis jetzt innegehaltene Sperre mit aller Energie durchzuführen und legt deshalb die heutige Versammlung allen Kollegen an's Herz, dies Versprechen hoch zu halten, bis man der Arbeiterfrage Rechnung zu tragen gewillt ist.“ Der Vorsitzende ersuchte die Anwesenden, fest zusammenzuhalten, vor allen Dingen die Sperre hoch zu halten, und forderte zum Beitritt in den Deutschen Metallarbeiter-Verband auf. Erste Folge dieser Versammlung war die Mahnung eines Kollegen, welcher am Mittwoch, den 9. November,

seine Entlassung bekam. Derselbe erhielt sofort 14 Tage Lohn ansbezahlt mit dem Bemerkten, daß er so schnell als möglich die Fabrik verlassen möge. Kollegen, durch den Indifferentismus der meisten Arbeiter konnten derartige Fälle vorkommen; denn wenn von 300-400 Arbeitern 30 organisiert sind, so zeigt das von einer grenzenlosen Gleichgültigkeit. Darum rufen wir Euch zu: Organisiert Euch, zeigt dem Direktor Bischoff, daß Ihr nicht länger nach seiner Pfeife tanzen wollt; zeigt ihm und seinen unterstellten Meistern, daß Ihr Männer seid, die noch Kraft und Energie besitzen, sich ein besseres Dasein erringen zu können. Nur dadurch, daß Ihr geschlossen vorgeht, könnt Ihr diesem Herrn die Stirn bieten. Aber auch den organisierten Kollegen möchten wir die Mahnung an's Herz legen, doch den Zugang nach hier möglichst zu beschränken und die Sperre hoch zu halten. Denn es ist zu unserem Bedauern vorgekommen und kommt immer wieder vor, daß organisierte Kollegen in der betreffenden Fabrik zu arbeiten anfangen und nachher mit der faulen Ausrede kommen: Ja, das haben wir nicht gewollt, daß hier die Sperre verhängt ist, wir haben die letzten Zeitungen nicht bekommen. Wenn ein Kollege auch noch so lange auf der Reise ist, die Zeitung bekommt er überall, wo Filialen des Verbandes sind, wenn er sich nur darnach bemühen möchte. Darum rufen wir Euch zu: Meidet diese Bude.

**Ravensburg.** Berichtigung. In dem Bericht in vor. Nr. muß es Zeile 7 statt 30 20 3 heißen.

**Steglich.** Am 21. November fand die regelmäßige Mitgliederversammlung statt, in welcher Kollege Kleinshmidt über Zweck und Nutzen der Gewerkschaften referirte. Eine Resolution, welche sich mit den Kollegen der Firma Hartung u. Co. solidarisch erklärt, wurde einstimmig angenommen. Die vom Kassirer gegebene Abrechnung für das dritte Quartal ergab Einnahme M 69,67, Ausgabe M 33,68, Kassenbestand M 30,39. Dem Kassirer wurde Decharge erteilt. Die Neuwahl der Ortsverwaltung ergab: Paul Baruschke, Bevollmächtigter; Müller, Kassirer; Zander, Maßhake und Werth Revisoren. — Kollegen, hiermit fordern wir Euch auf: Besucht die Versammlungen, damit wir gemeinschaftlich unsere Lage besprechen resp. verbessern können.

**Wurzen.** Die Firma August Schlimann sucht in neuerer Zeit in verschiedenen Zeitungen Metallarbeiter. Wir machen hiermit die Kollegen allerorts auf diese Bude aufmerksam. Zwar dürfte diese Firma von Leipzig her manchen Kollegen bekannt sein; doch die Sache hat sich geändert seit die Fabrik nach Wurzen verlegt ist, was wahrscheinlich geschehen ist, um niedrigere Löhne zahlen zu können. Letztere sind schon um 12 1/2 bis 25 Prozent reduziert worden und werden noch mehr reduziert. Kommt ein Kollege und verlangt Lohnzulage, so wird ihm erwidert: „Was denken Sie was der Lohn gekostet hat und was es noch kostet, ich kann Ihnen nicht mehr geben.“ Oder: „Wem es nicht paßt, kann gehen.“ Deswegen paßt gibt es auch nicht, aber Herr Schlimann verlangt, daß bis Abends 8 Uhr gearbeitet wird. Mit der Heizung sieht es auch schlecht aus, denn es ist gar keine vorhanden, und in einem neuen Gebäude zu jeder Zeit ohne Heizung zu arbeiten, das will gelernt sein. Da nun in letzter Zeit verschiedene Kollegen zu arbeiten angefangen hatten, für diesen Lohn aber nicht arbeiten konnten, so ersuchen wir hiermit dringend, diese Bude zu meiden. Die dort beschäftigten Arbeiter fordern wir aber auf, sich ihrer Organisation anzuschließen, denn bis jetzt haben sich erst ein paar Mann angeschaltet und das ist nur so bedauerlich, da es fast lauter Leipziger sind, von denen man etwas Anderes erwarten könnte.

**Schlosser u. Maschinenbauer.**  
**Eintrüffel.** Die Oktober-Mitglieder-Versammlung der Schlosser und Maschinenbauer genehmigte die Abrechnung des 3. Quartals und erteilte dem Kassirer Decharge. Ein von Seiten der Sektion abzuhaltenes Wintervergügen wurde mit dem Hinweis auf die schlechten Erfahrungen, die man im Vorjahre damit gemacht hat, abgelehnt. Beschlossen wurde mit 24 gegen 1 Stimme, sich an dem vom Kartell geplanten Gewerkschaftsfest zu beteiligen. Bergmann berichtet von den stattgefundenen Kartellitzungen, gibt ein klares Bild vom Streik der Hamburger Steinseher und ermahnt die Anwesenden, dieselben moralisch und materiell zu unterstützen. Es wird einstimmig angenommen, den Streikenden 10 M. aus der Lokalkasse zu überweisen. Ein Antrag, im Winterhalbjahr in jeder Versammlung einen Vortrag halten zu lassen, wird dahingehend abgeändert, daß abwechselnd auch eine Vorlesung gehalten werden soll.

**Hamburg.** D. M. V. Sektion der Schlosser, Dreher und Maschinenbauer. Mitgliederversammlung am 17. November in der „Leising-Halle“. Das Protokoll der letzten

Versammlung wurde verlesen und genehmigt. Zu Punkt 1: „Die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter“ war als Referent der Genosse Lorenz erschienen. Derselbe erledigte sich seiner Aufgabe in dem einflüchtigen Vortrage mit großem Geschick und wurde ihm von der Versammlung lebhafter Beifall gezollt. Namentlich erstattete Bericht vom Gewerkschaftskartell. (Der Kartellbericht ist unter der Rubrik: „Vereine und Versammlungen“ in Nr. 266 des „Hamburger Echo“ veröffentlicht, worauf Bezug genommen wird. Der Schriftführer.) Den Bericht der örtlichen Verwaltung erstattet der Bevollmächtigte Weinheber. Alsdann wird die Wahl eines Kontrolleurs nebst dessen Ersatzmannes zum Arbeitsnachweis vorgenommen. Zum Kontrolleur bzw. Ersatzmann werden Strauch und Egler gewählt, welche auch die Wahl annehmen.

### An die Metallarbeiter Thüringens.

Werthe Kollegen! Da einerseits meine Zeit zu kurz ist, um an jede Filiale einzelne Mittheilungen machen zu können, andererseits auch damit unnötiges Porto verschwendet wird, so fordere ich wiederum an dieser Stelle die Kollegen auf, ihren Pflichten in Bezug auf die Erfurter Beschlüsse besser nachzukommen. Die Abhaltung von Versammlungen, Gründung von Filialen und Einsetzung der Gelder ist bis jetzt minimal gewesen, und lasse ich hier die Einnahme und Ausgabe der Gelder folgen. Einnahme: Gotha M 2,25. Apolda 2,50. Weiskensfeld 1,50. Hauptvorstand 50. Greiz 3,50. Zeitz 10. Sächterhausen 5,50. Coburg 1,25. Weimar 2,40. Jena 2. Summa M 80,90. Ausgabe für Versammlungen: Weiskensfeld M 3. Mühlhausen 9. Greiz 8,50. Weiskensfeld 5. Weimar 3. Für Porto und Schreibmaterialien 2,50. Summa M 31.

Verschiedene Orte haben die Unkosten für Versammlungen aus eigenen Mitteln gedeckt. Aus den oben angeführten Zahlen ist zu erkennen, daß uns vorläufig noch eine hübsche Summe zur Verfügung steht ferner noch eine große Anzahl Filialen mit Einsetzenden der Gelder im Rückstande ist. Ich ersuche nun, überall, wo wir durch öffentliche Versammlungen Erfolge erzielen können, solche zu veranstalten und wegen Referenten sich an meine Adresse zu wenden. Aber auch die Gründung von Filialen muß besser vor sich gehen. Ich ersuche die Kollegen in Nordhausen anzugeben: wie es mit Lauterberg steht, die Erfurter Kollegen bezüglich Ilmenau, die Gothaer bezüglich Ohrdruf, die Weiskensfelder wegen Merseburg. Die Coburger schreiben vor Kurzem, sie wollten jetzt in Sonneberg und Gildburghausen Verbindung anknüpfen, aber das Wollen muß auch einmal ernstlich in die That umgesetzt werden. Es darf uns nichts genieren, wenn auch einzelne Orte sich immer wieder entgegenstemmen, wie es z. B. Altenburg wieder einmal in Meuselwitz gezeigt hat, so gern wir alle zugeben, daß Altenburg nicht bloß die bestorganisierte Stadt Thüringens, sondern schließlich in ganz Deutschland ist. Aber anderswo ist der Boden nicht so günstig. In meinem früheren Domizil, in Apolda, haben wir die Adressen der Metallarbeiter am Orte aus dem Adresskalender herausgeschrieben, jedem Einzelnen bei öffentlichen sowie Mitgliederversammlungen Flugblätter, Handzettel etc. in die Wohnung zugestellt, und doch war der Erfolg nicht bedeutend. Es liegt dies eben an den Verhältnissen. Aber wenn die Altenburger erklären, sie sind nicht eher für Konferenzen bis der letzte Mann in A. organisiert ist, so betone ich nochmals: was hilft es uns, wenn wir einige Großstädte gut organisiert haben und die mittleren und kleinen Städte besitzen gar keine Organisation. Die Altenburger mögen eine noch so gute Organisation besitzen, so lange wie sie die Umgebungen nicht berücksichtigen, wird es ihnen nicht möglich sein, den Zugang fernzuhalten, wenn sie in eine Lohnbewegung eintreten. Ich erinnere nur an die Berliner Lokalorganisierten, die auch über ihre Nasenspitze nicht hinwegsehen können, die bei einem „billigen“ Beitrag nur in Berlin für den Lokalverband Propaganda machen; aber in der Provinz mag agitieren wer Lust hat. Aber wie steht es denn jetzt aus? Seit wir in Berlin Sektionen des D. M. V. haben, haben letztere es sich auch angelegen sein lassen, die Provinz zu organisieren. Dazu sind Konferenzen unvermeidlich. Da hat man die abgedroschene Phrase, Konferenzen kosteten zu viel Geld. Diese unwichtigen paar Mark, die jeder Einzelne erhält und die zum Theil durch die Sammelbüchse in den einzelnen Orten aufgebracht werden, sollen nun den Ausschlag geben. Dann müßte überhaupt jede Zusammenkunft unterbleiben, dann dürften wir keine Generalversammlungen und nichts mehr abhalten. — Kollegen Thüringens, wer da will, daß wir auch in Thüringen unsere Organisation in immer weitere Kreise tragen, daß dort, wo noch keine Verbands-Filialen sind, solche gegründet, und dort, wo solche

bestehen, dieselben weiter ausgebaut werden, der stelle seine ganze Kraft in den Dienst der Thüringer Metallarbeiterbewegung. Denn Thüringen gehört zu den Provinzen, die bezüglich der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu den allerbesten zählen. Wer es allerdings nicht einsehen kann, daß nur eine Organisation, die über das ganze Land verbreitet ist, Erfolge zeitigt, dem können wir auch nicht helfen; aber diejenigen, die das Gegenteil wollen, ersuche ich nochmals: Setze Feuer seine ganze Kraft ein, damit wir auch in Thüringen vorwärts kommen.

Mit kollegialem Gruß  
**J. Teber,**  
 Wenigenjena, Alexanderstraße 7.

**Abrechnung**

**des Agitations- und Unterstützungsfonds der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. Z. Nr. 29).**

Einnahme: Kassenbestand vom 3. Juni 1895, 48. Von Hüner-Berlin 3, 10. Nimke-Berlin 21. Wachsmuth-Lindenhof 120, 57. Meißner-Sudenburg 30. Gohlfeld-Braunschweig 0, 80. Meier-Berlin 10. Gärtner-Fürth 30. Sahn-Zeit 0, 20. Moosmang-Lechhausen 10. Hansch-Hagsfeld 18. Summa 1639, 15.

Ausgabe: An Jung-Oberbilk 30. Egger-Buchau 25. Lehner-Zeit 25. Hohn-Augsburg 25. Schlimm-Hagsfeld 30. Wwe. Baum-Sachsenhausen 25. Porto 1, 70. Summa 161, 70.

**Bilance.**

Einnahme 1639, 15  
 Ausgabe 161, 70

Kassenbestand 1477, 45

Braunschweig, den 15. Nov. 1896.

Chr. Oßermann, Beststr. 5.

Revidirt und richtig befunden:

G. Bornemann, H. Krüger, P. Stern.

**Litterarisches.**

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. W. Diez Verlag) ist soeben das 8. Heft des 15. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Justiznovelle. — Was will und kann die materialistische Geschichtsauffassung leisten? Von St. Kautsky. (Fortsetzung). — Die Umwälzungen gegen den Großbetrieb im Detailhandel. Von Max Schippel. — Die Kolonialpolitik der Spanier auf den Philippinen und der jetzige Zustand. Von Heinrich Cunow. (Schluß). — Notizen: Ueber die Zustände in ländlichen Schulen. Menschenverluste in Arlegen. — Feuilleton: Kämpfe. Von August Strindberg. Deutsch von Gustav Richter. (Schluß).

Von den „Gesammelten Vorträgen und Aufsätzen“ des Professor Dr. A. Döbel in Bielefeld, welche unter dem Gesamttitel „Zus Leben und Wissenschaft“ im Verlag von J. G. W. Diez in Stuttgart erschienen, ist soeben Heft 17-19 zur Ausgabe gelangt. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Moses oder Darwin? Eine Schulfrage. Moses und seine Lehre. Darwin und sein Zeitalter. Und was lehrt nun unsere Volksschule? Das ganze Werk in 22 Lieferungen à 20 J. komplet vorliegen. — Alle acht Tage erscheint ein Heft und nimmt jeder Buchhändler und Kolporteur Bestellungen entgegen.

**Telegramm.**

Halle a. S. Hier Streit von Schloßjfern und Drechern. Zugzug streng fern halten. Bericht folgt.

**Verbands-Anzeigen.**

In jeder Versammlung werden neue Mitglieder aufgenommen und können Beiträge bezahlt werden.

**Bochum.** Sonntag, 6. Dez., Nachm. 4 Uhr, bei Wirth Bischer (Wahnhof Präzident) Mitglieder-Versammlung. Vortrag über die Marx'sche Werttheorie. Berichterstatter des Delegierten vom Gewerkschaftsaussch. Gehufs Revision sind die Bücher mitzubringen.

**Berlin Bezirks-Versammlungen:**  
**Görlitzer Viertel.** Mittwoch, 2. Dez., Abds. halb 9 Uhr, bei Rautenberg, Oranienstraße 160. Vortrag. — **Witten u. Schöneberg.** Sonnabend, 5. Dez., Abds. halb 9 Uhr, im Wäldchen, Wilmersp. 37. Vortrag des Herrn Dr. Schreiber über: Gewerkschaften. — **Wedding und Oranienburger Vorstadt.** Dienstag, 8. Dez., Abds. halb 9 Uhr, im Seiberger Salon, Golbergstr. 23. Vortrag. — **Reinickendorf.** Dienstag, 8. Dez., Abds. halb 9 Uhr, bei Hrtner, Hermannstr. 53. Vortrag des Kollegen Herrn Huber über: Sozialreform und Arbeiterfrage. — **Gesandtenweg u.**

**Rosenhaler Vorstadt.** Dienstag, 15. Dez., Abds. halb 9 Uhr, im Viktoriagarten, Badstraße 12. Vortrag des Herrn Dr. Joel über: Die Entdeckung des Nordpols. — In allen Versammlungen Diskussion und Verbandsangelegenheiten.

**Braunschweig.** (Sektion d. Klempner.) Sonnabend, 23. Nov., Versammlung im „Bayerischen Hof“.

**Cannstatt.** (Sektion der Former.) Samstag 28. Nov., Versammlung bei S. Bäuerle. Die Mitgliedsbücher sind zur Revision mitzubringen.

**Cresfeld.** Samstag, 5. Dez., Abends 9 Uhr, öffentliche Mitglieder-Versammlung bei Nebel, Ostwall. Vortrag: Die Quark'schen Vorschläge. Referent: Rapp. Wahl eines Gewerkschaftsdelegierten. — Nach der Versammlung gewöhnliches Zusammensein mit Damen.

**Duisburg.** Samstag, 28. Nov., bei Krüper, Klosterstraße 11, Mitglieder-Versammlung. — Die Adresse des neuen Bevollmächtigten ist: Paul Bollad, Feilenhauer, Hundesgasse 5.

**Düsseldorf.** Jeden Sonntag von 11 bis 1 Uhr bei Bander, Bollwerkstr. und Gerthausen, Martinstr., Beitragszahlung und Aufnahme neuer Mitglieder.

**Düsseldorf.** (Sektion der Feilenhauer.) Sonnabend, 28. Nov., Abds. halb 9 Uhr, bei Herrn Kreuer, Zimmermannstr., Mitglieder-Versammlung.

**Eumendingen.** Sonntag, 29. Nov., Nachm. 2 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „grünen Baum“. Regelung der Arbeitszeit in verschiedenen Gewerkschaften. Besprechung der Weihnachtsfeier.

**Essen.** Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, Vorm. 11 Uhr, im „Volkstheater“, Mitglieder-Versammlung. — Unsere Herberge befindet sich bei Herrn Leo Felchner, Weichselstr. 76. Dasselbe wird auch das Neizegel bezaht. Die Mitglieder können dort auch ihre Beiträge bezahlen und sich anmelden. Es wird deshalb gebeten, den Kassierer in seiner Wohnung nicht aufzusuchen.

**Frankfurt a. M.** (Allg.) Samstag, 28. Nov., Versammlung. Geschäftliches. Vortrag: Die innere Lage des Verbandes. Wahl eines 2. Bibliothekars. Stellungnahme zum Familienabend.

**Freiburg i. Br.** Samstag, 28. Nov., Abds. 8 Uhr, in der Restauration Schwane, Mitglieder-Versammlung. Regelung der Reichswerden betr. Zeitungsstellung. — Die rückständigen Beiträge sind zu begleichen und die Bibliotheksbücher mitzubringen. — Die noch beim Kassierer liegenden Mitgliedsbücher sind abzuholen.

**Hamburg.** Montag, 7. Dez., Abends 9 Uhr, bei Herrn B. Wabe, Hebe-Weiden, gemeinschaftliche Mitglieder-Versammlung sämtlicher Sektionen.

**Hamburg.** (Sektion der Gelbgilber etc.) Mittwoch, 2. Dez., Abds. halb 9 Uhr, bei v. Salzen, Kassamacherstr. 6-7, Mitglieder-Versammlung. — Die Mitglieder werden ersucht, die Sammelkarten für die ausgeperrten Arbeiter von Hied's Schöne an den Bevollmächtigten abzugeben.

**Heidenheim.** Sonntag, 29. Novbr., Nachm. 4 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokal.

**Limburg.** Sonntag, 28. Nov., Nachm. halb 3 Uhr, Versammlung im „Johannesbad“. Abrechnungen. Herbergsangelegenheiten.

**Juden.** Mittwoch, 2. Dez., Abds. halb 9 Uhr, Versammlung in der „Neuen Welt“, Dabrowski-Str. 69. Vortrag des Herrn Dr. Höjermayer.

**Mühlheim a. Rh.** (Allgem.) Montag, 31. Nov., Abends halb 9 Uhr, bei Gehen, Dammstr. 9, außerordentl. Mitglieder-Versammlung. Vortrag des Kollegen Gerbe-Kassel über: Kapital und Arbeit. — Die Rekonten werden an ihre Plätze erinnert.

**Mürnberg.** (Sekt. der Reitzeng-Jub.) Sonntag, 6. Dez., Nachm. 2 Uhr, im „Goldenen Mörser“, Rößigmannsplatz, General-Versammlung.

**Offenbach a. M.** Montag, 22. Nov., Abds. halb 9 Uhr, in „Stadt Heilberg“, Mitglieder-Versammlung. Vortrag.

**Pforzheim.** Samstag, 28. Nov., Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Gold. Löwe“. Vortrag über: Die Zukunft der deutschen Gewerkschaften. — Gehufs Revision müssen alle Mitgliederbücher bis Samstag, 28. Nov., erledigt werden, nicht abgegebene Bücher werden gegen eine Gebühr von 10 J. durch den Zeitungsleger abgeholt. — Den Kollegen der Firma Gebr. Reutinger zur Nachricht, daß die Zeitungen sowie Beiträge im „Hüter“ (Neubadt Brödingen) abgeholt, resp. in Empfang genommen werden können. — Unser Stützpunkt mit Christbaumfeier ist am 13. Dezember im hies. Freiwilliche Gaben hierzu werden im Lokal und bei der Ortsverwaltung entgegen genommen. — Die Mitglieder werden ersucht, unter Reinickdofal besser zu helfen.

**Posen.** Am 6. Dez., Vorm. halb 12 Uhr, Versammlung im Restaurant „Lustige (Wilde-Thor)“. Wahl der Ortsverwaltung. Besprechung über Abreise und Abrechnung unseres früheren Vorstehenden.

**Potsdam.** (Sektion der Brillen- und Pincenezarbeiter.) Sonnabend, 5. Dezember, Mitglieder-Versammlung in der „Erholung“.

**Reutlingen.** Samstag, 5. Dez., Abds. 8 Uhr, General-Versammlung im Lokal zum Geberthor. Neuwahl der Ortsverwaltung.

**Reutlingen.** (Sekt. der Drahtweber.) Samstag, 5. Dez., Abds. 5 Uhr, Haupt-Versammlung. Neuwahl der Ortsverwaltung.

**Rosbach.** Sonnabend, 5. Dez., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung in der „Fritz Menterhalle“, Fritz Menterstr. 17.

**Ruhrort.** Unser Berkehrskolleg befindet sich nicht, wie irrtümlich im Adressverzeichnis angegeben, bei Wirth Gafertkamp, Wühligstraße, sondern seit 1/2 Jahren bei Wittwe Bollmann, bisher Karstraße, von jetzt an Ruhrort, Friedrich Wilhelmstr. — Kollege Behr, Gleichner, wohnhaft neben dem Berkehrskolleg, ist mit den Ortsgelehrten betraut.

**Schwab-Gmünd.** Samstag, 29. Nov., Mitglieder-Versammlung im „Löwen“.

**Stettin.** Sonnabend, 5. Dez., Abends 8 Uhr, General-Versammlung bei Dabronk. Neuwahl der Ortsverwaltung. Weihnachtsgewinn.

**Stettin.** Sonntag, 28. November, Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei B. Brown, Rosengarten 61. — Sonnabend, 12. Dezember, General-Versammlung.

**Stuttgart.** Samstag, 29. November, Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Hirsch“ Saal II. Mitteilungen der Verwaltung. Vortrag über Zweck und Nutzen eines Arbeitersekretariats für die Arbeiterchaft Stuttgarts.

**Wilhelmsburg.** Mitglieder-Versammlung am 5. Dezember im Vereinslokal. Vorstandswahl.

**Wurzen.** Sonnabend, 28. November, Jahlabend. Sonntag, 29. November, von Abends 7 Uhr ab Familienabend in „Stadt Wien“.

**Zittau.** Montag, 30. Nov., Abends halb 9 Uhr, Jahlabend in Herrmann's Restaurant. Bibliotheks- und Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

**Öffentl. Versammlungen.**

**Altona-Glücksb.** Mittwoch, 2. Dez., Abds. 9 Uhr, im Lokal „Karlruhe“ in Otterßen, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. Wie können die Metallarbeiter den gegenwärtigen Geschäftsgang zur Besserung ihrer Lage ausnützen? Ref.: Gen. Köhler-Berlin. Zweck und Nutzen einer Konferenz für die Provinz.

**Bergedorf.** Am 5. Dezember, Abends halb 9 Uhr, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung in „Stadt Schwerin“. Die Bedeutung der Gewerkschaften für die Arbeiterchaft. — In Ansehung hieran Mitglieder-Versammlung. Bericht vom Gewerkschaftsaussch. Neuwahl der Ortsverwaltung.

**Bonn.** Öffentliche Metallarbeiter-Versammlung am 28. Nov., Abds. 8 Uhr, im Lokal d. Weiserstr. 1. Die Lage der Metallarbeiter und ihre Organisation.

**Braunschweig.** Montag, 7. Dezember, Abds. halb 9 Uhr, im Saale der „Englischen Krone“ öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. Referent: Martin Segitz-Mürnberg.

**Hameln.** Sonntag, 29. Nov., Nachm. halb 4 Uhr, im Saale des Herrn Kardinal, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. Vortrag des Kollegen Otto Bornemann: Der Lohnkampf und unsere Organisation.

**Lehrte.** Sonntag, 29. Novbr., Nachm. 4 Uhr, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung bei Herrn D. Schulz, Beckstr. 34.

**Pirna.** Sonnabend, 28. Nov., Abds. halb 9 Uhr, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung im großen Saale des „Carolad“. Die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe der Arbeiterchaft. Referent: Eimernmann.

**Rosbach i. S.** Sonntag, 6. Dez., Nachm. 3 Uhr, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung im Saale des „Feldschützen“. Referent: Paul Köhler-Pegold, Leipzig.

**Anzeigen.**

Ein in Britannia bewandertes Sieger bei hohem Lohn und dauernder Beschäftigung zu baldigen Entlassung ersucht. Solche, welche auch in Zinkauf erfahren sind, erhalten den Vorzug. Offerten unter E. B. Nr. 155 an die Exped.

**M a r t i n.**  
 Am 21. Nov. verschied plötzlich und unerwartet unser langjähriger Verbandskollege, der Lehrer  
**Ernst Trinkl**  
 im Alter von 54 Jahren. Die Mitglieder werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.  
 Ortsverwaltung Kiel.

Am 17. November verstarb in Folge eines Unfalls der Kollege  
**Philipp Gerstner,**  
 Schlosser, im Alter von 19 Jahren. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.  
 Sektion der Holzgießer, Gürtler und Metalldreher, Nürnberg.

Am 17. November verstarb nach 9wöchigem Krankenlager unser Kollege, der Schlosser  
**August Grund**  
 aus Zoltau. Ehre seinem Andenken.  
 Ortsverwaltung Reutlingen.

Der Former **Richard Glaubel,** Mitglied des D. M. V. hat sich am 5. Mai d. J. in Niesly abgemeldet und am 12. Mai in Waagen Stadtgefängnis erhoben. Seit jenem Tage fehlt jede Nachricht von ihm. Wer Näheres über den D. zu berichten in der Lage ist, wird gebeten, dies der Wittwe **Glaubel, Lohstr. 65, Huterhaus II, Breslau,** mitzutheilen.

Der Maschinenkloster **Josif Grieb** aus Regensburg wird hiemit aufgefordert, seinen Verpflichtungen gegen den hiesigen Bevollmächtigten nachzukommen.  
**Ortsverwaltung Lambrecht.**

Der Schlosser **Emil Göhe,** früher in der Gewerkschaft Fabrik in Neldenfels, jetzt vermutlich in Dresden, wird hiermit dringend ersucht, umgehend seine Adresse an den Unterzeichneten gelangen zu lassen behufs Verrechnung als Zeuge.  
**Carl Wirth, Bevollmächtigter, Lambrecht.**

**1 tüchtiger Feilenhauer** gesucht.  
**Joh. Copolowsky, Erler, Feilenhauer und Schleiferei.**

Ein tüchtiger Feilenschleifer findet sofort dauernde Beschäftigung.  
 Schleif- und Polierwerkstatt von **A. Funk, Bamberg.**

Ein Feilenschleifer, welcher etwas hauen kann, findet Arbeit bei  
**Alois Biedinger, Feilenhauer, Offenburg, Baden.**

Übernehme die Eintheilung von Maschinen auf Mess- u. Hilfswerkzeuge, sowie das Vermessen aller Gegenstände in kürzester Fristzeit.  
**Aug. Loss,**  
 Siebichenstein-Halle a. d. S.

Ein Haus mit Laden und stotzgehender Klempnerei, in bester Lage einer Bahnhofsstadt Thüringens, seit 22 Jahren im Betrieb, ist wegen halber sofort zu verkaufen. Näheres bei **Hugo Zinke, Leipzig-Görschewitz, Hermannstr. 18**

**Feilenhauerer,** 27 Jahre in Betrieb, mit guter Kundenchaft, Krankheit halber als halb billig zu verkaufen.  
**E. Fuch, Frankfurt a. M.-Bodenheim.**

**Zur Beachtung.**  
 Die Herberge der organisierten Arbeiter **Mannheim** befindet sich nach wie vor in der Zentralisation der Gewerkschaften, **Mannheim T. G. S.** Da sich in Mannheim noch einige Lokale befinden, welche sich den Namen „Herberge der Gewerkschaften“ beigelegt haben, so bitten wir die Reisenden, um sich vor Schaden zu bewahren, sich stets nach dem oben benannten Lokale zu begeben. Plakate von solchen Wirkstätten sollten in den Zentralherbergen der organisierten Arbeiter keinen Platz finden.  
 Der Vorstand der zentralisierten Gewerkschaften Mannheim.

**Scherm's Reisehandbuch für wandernde Arbeiter**  
 2. Auflage. Mit 1 Eisenbahnkarte und zwei Eingelicht zur Berechnung des Reisegeldes bei den Zentralverbänden: Brauer, Former, Fabrikarb., Goldarb., (Schw.) Metallarb., Zinkarb., Bergarb., Weichs Tourenbuch f. Radfahrer. Zu bez. auch geg. Briefm., d. J. Scherm, Nürnberg, u. a. Buchhdlg. u. Kolp.